

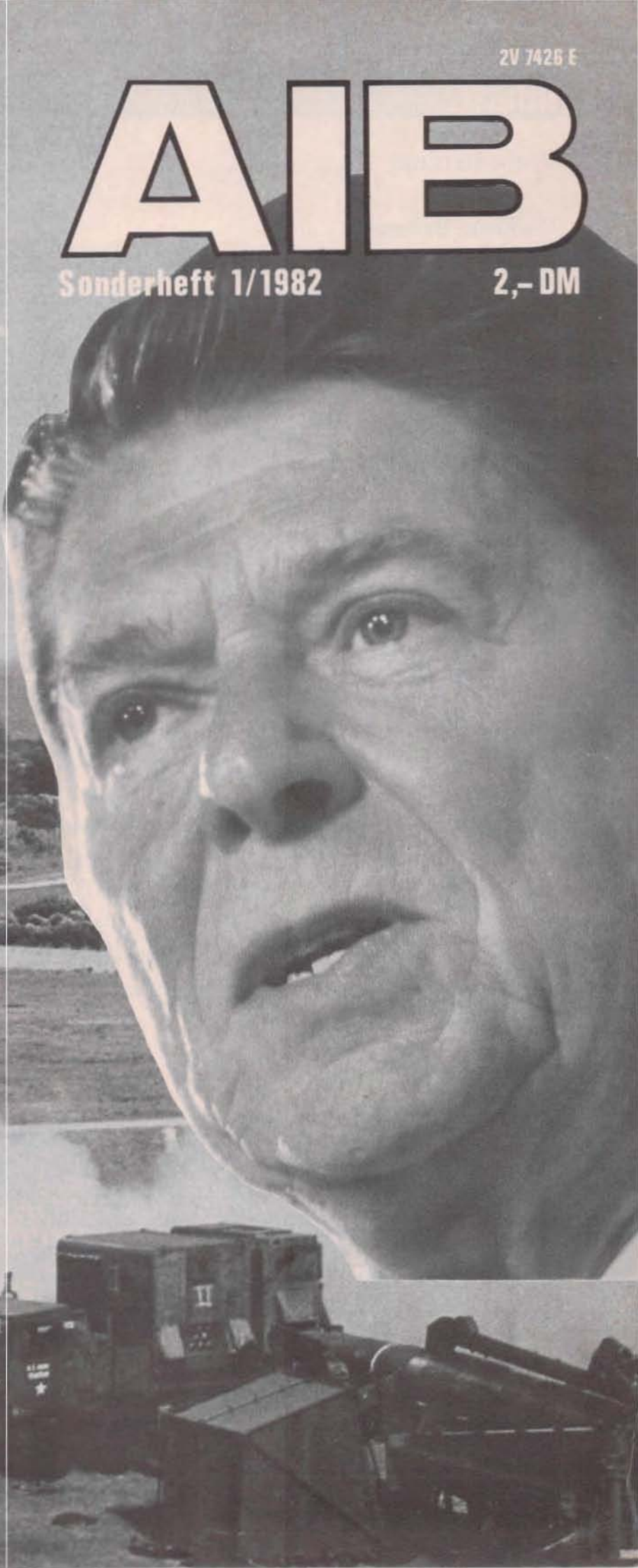
2V 7426 E

AIB

Sonderheft 1/1982

2,- DM

**Ein Jahr
Reagan**



Inhalt:

Vorbemerkung	3	
Wolfram Brönnner:		
Ein Jahr Reagan – die neue globale Konfrontation	4 – 9	
Crocker/Reagan: Südafrika „nicht untergraben“	6	
Angriffsziel Libyen	7	
Den CIA „von Zwängen befreien“	8	
Alfonso I. Barrios:		
Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“	10 – 13	
Geheimdokument von Santa Fé	12	
Rainer Falk:		
Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?	20 – 24	
AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen: Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?		
(Antworten von Vertretern des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas [ANC], der Revolutionär-Demokratischen Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti [FDR/FMLN], der Initiative Krefelder Appell, des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden [AGDF], des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees [ASK] und der Anti-Apartheid-Bewegung)		25 – 28
Aktions- und Materialspiegel: Aktionstips, Filme/Tonbildreihen, Schallplatten, Abzeichen/Aufkleber/Postkartenserien, Kalender, Bücher zum Einstieg, Bücher zu Einzelaspekten		29 – 31



Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421-24672
Konten: AIB-Weltkreis-Verlag: Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz (BLZ 53390000), Konto-Nr. 966
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Krickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz
Mitarbeiter: R. Baben, N. Biver, P. Grund, R. Hegewald, U. Hochmuth, R. Kagerer, V. Klose, C. Klotz, H. Mayer, H.E. Schäfer, E. Schneider, J. Weber, B. Weng
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.
Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.
Redaktionsschluß: 10.12.1981
Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Röderberg Verlag, Paraguay-Rundbrief, SKAAL

Vorbemerkung:

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Friedensbewegung so stark wie im letzten Jahr. Über 2 Mio Bundesbürger unterschrieben den Krefelder Appell, an dessen zentraler Stelle die Bundesregierung aufgefordert wird, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen“. Am 10.10.1981 fand in Bonn die größte Manifestation in der Geschichte der Bundesrepublik statt: 300.000 demonstrierten unter der Losung „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!“.

Die Stärke der Friedensbewegung beschränkte sich nicht auf die Bundesrepublik. Zwar soll sie gemäß dem NATO-Raketenbeschluß vom 12. Dezember 1979 Hauptstationierungsland der neuen US-Erstschlagswaffen werden. Die Anrainerstaaten Westeuropas fühlen sich jedoch nicht minder bedroht. In Amsterdam, der Hauptstadt der Niederlande, demonstrierten am 21.11.1981 400.000 Menschen. Ähnlich große Massenkundgebungen fanden auch in Brüssel, Rom, London, Paris, Madrid und Athen statt.

Die Friedensbewegung in Westeuropa hat inzwischen eine Kraft erreicht, die von den Regierenden in Bonn und Washington nicht mehr außer Acht gelassen werden kann. So ist es denn auch vornehmlich darauf gemünzt, diese Bewegung zu desorientieren und die auch bei verschiedenen westeuropäischen Regierungen sich verstärkende Kritik am Reagan'schen Konfrontationskurs abzdämpfen, wenn sich die USA jetzt – nach zweijähriger Verschleppungsprozedur – endlich zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion in Genf durchgerungen haben.

Wie wenig ernst diese Konzession Washingtons allerdings gemeint sein dürfte, verdeutlicht nichts besser als jene von Ronald Reagan Mitte November 1981 verkündete „Null-Option“, mit der die US-Administration in diese Verhandlungen hineingeht. Nachdem Präsident Reagan kurz zuvor noch in aller Offenheit erklärt hatte, für ihn sei ein auf Europa begrenzter atomarer Krieg durchaus denkbar, beinhaltet die „Null-Option“, daß die NATO bereit wäre, auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu verzichten, falls die UdSSR zur Verschrottung sämtlicher Mittelstreckenraketen vom Typ SS 4, 5 sowie SS 20 bereit sei. Es spricht für den Reifegrad der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, daß sie dieses Täuschungsmanöver umgehend zurückgewiesen hat. Wir „glauben nicht“, heißt es in der Erklärung der Krefelder Initiative anlässlich ihres Zweiten Forums am 21.11.1981 in Dortmund, „daß eine 'Nulllösung', wie sie Präsident Reagan propagiert, zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau

vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12. Dezember 1979 beschlossene 'Nachrüstung', jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite vorsieht.“

„Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch alle Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas“, so schließt die Erklärung von Dortmund eindringlich, „sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben. Wir alle tragen Verantwortung. Die Zeit drängt. Unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!“

Das vorliegende AIB-Sonderheft verfolgt vor diesem Hintergrund ein doppeltes Anliegen. Einmal wollen wir die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die im NATO-Raketenbeschluß zum Ausdruck kommende Politik Bestandteil eines Weltherrschaftsanspruchs der USA unter Ronald Reagan ist. Es gilt zu untersuchen inwieweit dies das sozialistische Lager, die westlichen Verbündeten und die Dritte Welt gleichermaßen betrifft. Den Kurs der globalen Konfrontation bilanziert nach einem Jahr Reagan-Regierung der Beitrag von W. Bröner. Daß dieser Kurs nicht nur hierzulande die Kriegsgefahr bedeutend erhöht hat, sondern dies in anderen Regionen der Welt vielleicht noch akuter ist, zeigt exemplarisch der Beitrag von A.I. Barrios über die Mittelamerikapolitik der USA. (Weitere regional bezogene Einschätzungen der US-Globalstrategie sollen im Laufe des Jahres 1982 im AIB folgen.) Schließlich fragt R. Falk nach den Widersprüchen und Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesrepublik und den USA angesichts des drohenden neuen Kalten Krieges.

Zum anderen geht es uns mit diesem Sonderheft darum, in konstruktiver Weise eine Diskussion zwischen der Friedens- und der Solidaritätsbewegung in unserem Land in Gang zu bringen. Wir haben deshalb an namhafte Vertreter von Friedens- und Solidaritätsbündnissen sowie an Repräsentanten der Befreiungsbewegungen Fragen nach dem Verhältnis von Friedens- und Befreiungskampf in der gegenwärtigen Situation gestellt, für deren Beantwortung wir danken. Ein knapp gehaltener Aktions- und Materialspiegel soll schließlich zur Weiterbeschäftigung mit dem hier angeschnittenen Thema anregen und vor allem dazu beitragen, die daraus gewonnenen Erkenntnisse aktionsbezogen umzusetzen.





Friedensdemonstrant in Rom, Oktober 1981

Wolfram Brönner

Ein Jahr Reagan – die neue globale Konfrontation

„Es ist an der Zeit, daß wir erkennen, daß wir ein zu großes Volk sind, um uns auf kleine Träume zu beschränken... Und wenn wir uns hier in unserem eigenen Land selbst erneuern, dann werden wir von den anderen als im Besitz größerer Stärke in der ganzen Welt gesehen. Wir werden wieder das Beispiel der Freiheit und ein Leuchtfeuer der Hoffnungen für jene sein, die heute keine Freiheit haben.“¹

Das verhiess der republikanische Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, am 20. Januar 1981 beim Einzug ins Weiße Haus. Um den „großen Traum“ wahrzumachen, bedürfe es einer doppelten Anstrengung zur „Wiederbelebung“ der Wirtschafts- und Militärmacht „Amerikas“.

Knapp ein Jahr danach ist die Weltherrschaftsoktrin der Regierung Reagan eher zum doppelten Alptraum geworden. Zum einen hat die vom Kabinett der Multimillionäre und Konzernlobbyisten verordnete Formel der wirtschaftlich-militärischen „Wiederbewaffnung“ (C. Weinberger) begonnen, nach innen durchzuschlagen. Anstelle des versprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs stellte sich zum Jahreswechsel 1981/82 eine „leichte Rezession“ (R. Reagan) ein. Im Staatsbudget von rund 700 Mrd Dollar für 1981/82 (Beginn 1. Oktober) nahm die Reagan-Administration Kürzungen von 35 Mrd Dollar an den Sozialleistungen für die Unterprivilegierten (darunter etwa 30 Mio Wohlfahrtsempfänger), Steuersenkungen um 5% zugunsten der Kapitaleigner und die Anhebung der Militärausgaben auf 220 Mrd Dollar vor. Während das unter J. Carter projektierte Rüstungsprogramm für die nächsten fünf Jahre um mindestens 10-15% auf die astronomische Zahl von 1,5 Bio Dollar erhöht werden soll, ist in Washington von weiteren Sozialstreichungen die Rede.

Spielereien mit „begrenztem Atomkrieg“

Von dieser radikalen Umverteilung zugunsten der Reichen versprach sich die Regierung Reagan eine Stimulierung der unternehmerischen Investitionsbereitschaft, eine Senkung der Inflationsrate unter 10% und ein Wirtschaftswachstum von 3,4%. Im November 1981 aber mußte die Reagan-Administration einen Inflationsanstieg auf 14,8%, ein Absinken des Wirtschaftsprodukts auf 1,6% im 2. Quartal und auf 0,6% im 3. Quartal bei weiter fallender Tendenz und mit über 9 Mio Arbeitslosen (8,5% der Beschäftigten) die höchste Arbeitslosenrate seit der Wirtschaftskrise 1974/75 eingestehen.

Unabhängig davon, wie tief die gegenwärtige Rezession im Jahr 1982 letztlich greifen mag, unter Beibehaltung der Reagan'schen Wirtschaftspolitik wird sie auf jeden Fall die weitere Verelendung der unter der Armutsgrenze Lebenden (ca. 30 Mio) und eine anhaltende Reallohnsenkung der Arbeiterklasse (seit Mitte der 70er Jahre um jährlich 5%) bewirken – eine logische Folge nicht zuletzt der inflationsfördernden

Rolle der staatlichen Rüstungsausgaben.²

Allerdings hat die von den Gewerkschaften angeführte Demonstration der 500.000 am 19.9.1981 in Washington, die bedeutendste Kampfaktion dieser Art in der Geschichte der USA, angezeigt, daß die konservative Regierung auf einen breiten Massenwiderstand gegen den galoppierenden Sozialabbau und den damit verknüpften Aufrüstungswahn stoßen dürfte.

Als Alptraum erwies sich die Reagan-Administration zum zweiten wegen ihres globalen Konfrontationskurses, der auf eine Erlangung der „totalen militärisch-technologischen Überlegenheit über die Sowjetunion“ (so das republikanische Wahlprogramm vom Juni 1980) und der Weltherrschaft durch die USA abzielt. Die Veränderung der außenpolitischen Prämissen der USA (siehe auch Santa-Fé-Dokument) und diverse militärische Stärkedemonstrationen des Jahres 1981 zeigten ein ums andere Mal an, daß damit eine erhöhte Kriegsgefahr einhergeht.

Ein aktuelles Beispiel dafür erbrachte die Reagan-Administration mit ihrem Eskalieren der Spannungen im karibisch-mittelamerikanischen Raum. Sie ist es, die bislang alle Initiativen für eine politische Verhandlungslösung des Kriegszustandes in El Salvador blockierte, ja die auf eine regionale Kriegseskalation hinarbeitet. Sie ist es, die die Revolutionsregierungen Nikaraguas, Grenadas und Kubas offen mit Umsturzaktivitäten oder Krieg bedroht (siehe nachstehenden Beitrag von A.I. Barrios).

Ein weiteres hochbrisantes Beispiel geben die seit Sommer 1981 nicht abreißen lassen US-Kriegsspiele gegen Libyen ab. Was da mit dem Abschluß libyscher Flugzeuge begann, schloß Invasionspläne mit Ägyptens A. al-Sadat sowie das gemeinsame Manöver „Heller Stern“ der Schnellen Eingreiftruppe der USA mit ägyptischen Streitkräften im November 1981 ein. Und im Dezember drohte man Oberst M. Gaddafi unter dem Vorwand, er hege einen Mordplan gegen US-Präsident Reagan, mit den „allerernstesten Konsequenzen“.³

Um Ermunterung von Aggressionskriegen handelt es sich ferner, wenn Washington im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine Verurteilung der im August 1981 eröffneten südafrikanischen Angola-Invasion geltend macht (siehe Kasten zum Südlichen Afrika), oder wenn es Israels Bombenkrieg gegen den Libanon und die Palästinenser deckt.

Als hochgefährliche „Spielereien“ mit dem Atomkrieg muß man schließlich die von der Regierung Reagan selbst vorangetriebene Verharmlosung und Vorbereitung eines solchen Infernos bezeichnen.

Im Oktober/November 1981 ließen sich Außenminister A. Haig und Verteidigungsminister Caspar Weinberger beispielsweise in frappierender Offenheit darüber aus, daß man im Fall eines konventionellen Konflikts in Europa mit einem US-„Warnschlag“ mit atomaren Mittelstreckenwaffen zu rechnen habe. Bei dieser Gelegenheit belehrten Ronald Rea-

Crocker/Reagan: Südafrika „nicht untergraben“

Bereits kurz nachdem im April 1981 in geheimen Gesprächen zwischen dem US-Unterstaatssekretär für Afrika, Chester Crocker, Südafrikas Außenminister Roelof „Pik“ Botha und Verteidigungsminister Magnus Malan Einvernehmen über den Willen zum gegenseitigen Wohlwollen hergestellt worden war (Geheimprotokoll siehe in: AIB 10/1981, S. 5/6), wurde deutlich, was gemeint war.

In Südafrika eskalierte das Regime den Terror gegen den wachsenden Widerstand, Massenverhaftungen finden periodisch statt, im Herbst 1981 wurden erneut drei Todesurteile gegen Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) gefällt. Im August 1981 startete Südafrikas Armee eine Invasion Südafrikas und hält nach wie vor Gebietsteile dort besetzt. Obgleich das sog. Clark-Amendment noch in Kraft ist, das es dem CIA 1976 verbot, heimliche Unterstützung für die konterrevolutionären Banden (UNITA, FNLA) in der Volksrepublik Angola (VRA) zu leisten, reiste UNITA-Chef Jonas Savimbi, zu Gesprächen mit der Regierung Reagan in die USA und gingen Teile der einzigen angolanischen Ölfabrik in Flammen auf.

Die Wiederbelebung des J. Savimbi

J. Savimbi, vormalig Agent des faschistischen portugiesischen Geheimdienstes PIDE, brüstete sich, seine UNITA habe das bewerkstelligt, die Regierung der VRA hingegen machte Südafrika verantwortlich. Wie dem auch sei, J. Savimbi jedenfalls überschätzt sich und seine vom CIA, von Südafrikas Rassistengruppe und einer Reihe reaktionärer Regimes ausgehaltenen Söldlinge. Auf sich gestellt, könnte die UNITA nicht existieren. Was bleibt, ist ihr Platz als Schachfigur innerhalb der Strategie der Reagan-Administration im Südlichen Afrika.

Bezeichnend für diese ist, daß alle ihre Essentials südafrikanischen Positionen entsprechen, während die taktischen Unterschiede Dreingaben Washingtons darstellen. Am 29. August 1981 formulierte Ch. Crocker vor der US-Veteranenvereinigung American Legion als Schlüsselsatz, Washington bemühe sich um eine „konstruktivere Beziehung zu Südafrika, die auf gemeinsame Interessen, Überzeugungen und verbesserte Beziehungen gegründet ist“, und „man wolle die Regierung in Pretoria nicht untergraben, um anderweitig Gunst zu erheischen“.

Letzteres darf getrost als die Crocker/Reagan'sche „Lösung“ des Dilemmas der bisherigen US-Afrikapolitik gewertet werden. Ihr lag in der Regel Annahmen wie die zugrunde, daß die Verfolgung eines Ziels, z.B. gute Beziehungen zum Apartheid-feindlichen Schwarzafrika, mit dem anderen Ziel – z.B. Investitionen in Südafrika, gar nicht oder kaum vereinbar seien. Stimmt nicht, formulierte nun eine US-amerikanische Studienkommission unter dem Titel „Südafrika: Die Zeit läuft ab“, vielmehr seien alle diversen Interessen bedeutsam und müßten durch eine umfassende Politik abgedeckt werden können.

Ähnlich wie diese Studie bemühte Ch. Crocker nun die ökonomischen und strategischen Interessen der USA (als identisch mit denen des gesamten „freien Westens“ ausgegeben) hervor, um dem Apartheidregime Überlebenshilfen zuzusichern: Man werde „nicht zögern, unseren Freunden zu helfen und unseren Gegnern zu widerstehen“. Wie sich dies mit der Beseitigung der Auseinandersetzungen auf reformartigen Wegen (so u.a. die Studie) vertragen soll, bleibt Chester Crocker's Geheimnis.

Die Praktizierung der von Washington selbstangemaßten „Verantwortung, den strategischen Rahmen zu schaffen, der Afrika zukommt“, hat man wohl so zu verstehen: „Nibelungentreue“ zu Südafrika; eine „Lösung“ der Namibiafrage im Sinne Pretorias und vorbei an der Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und den Vereinten Nationen; langfristige Umkehrung der im Südlichen Afrika seit 1974 entstandenen revolutionären Veränderungen.

Über das Wie können kaum Zweifel aufkommen: Die USA unterstützen offen Südafrikas Aggression gegen Angola und den Versuch, im Süden des Landes eine „Pufferzone“ zu schaffen, die Savimbi UNITA ein Operations- und Einflußgebiet bieten soll, gestützt auf die Bajonette der Rassistenarmee.

Gegen eine Verurteilung Südafrikas durch die große Mehrheit des Welt sicherheitsrats legte Reagans UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick ihr Veto ein. Und Ch. Crocker behauptete in der oben zitierten Rede, die UNITA repräsentiere „einen wichtigen und legitimen

Faktor in der angolanischen Politik“. Dem „legitimen Faktor“ war erst Anfang 1981 von einem internationalen Untersuchungsausschuß nachgewiesen worden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben und als Söldnertruppe zu agieren.

Da das Ziel der Aggression zunächst einmal ist, die VR Angola von ihrer Unterstützung der SWAPO wegzuzwingen, schließlich die revolutionäre MPLA-Regierung selbst zu beseitigen, hat der aberwitzige Plan von Ch. Crocker und seinen Vorgesetzten Besitz ergriffen, eine „Koalitionsregierung“ MPLA/UNITA zu etablieren. Der UNITA allein traut man das nicht zu, bekannte Ch. Crocker schon im April 1981. Da müßten noch andere Mittel her. Ganz in diesem Sinne versucht Washington denn auch die FNLA – neben der UNITA die zweite 1976 aus der VRA gejagte Mörderbande – zu neuem Leben zu erwecken, begleitet von militärischer Hochpöppelung des maroden Mobutu-Regimes von Zaire, das seinerzeit Rückhalt der FNLA gewesen war.

Parallel dazu forciert Ronald Reagan zusammen mit Südafrika und der von dort ausgehaltenen Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) Namibias den Versuch, eine von einer „Expertengruppe“ für Namibia erstellte Verfassung „durch die Kontaktgruppe (USA, Kanada, BRD, Frankreich, Großbritannien) zu verkaufen“ – und die DTA, deren Positionen ein solches Papier enthalten dürfte, gleich mit. Nicht ohne Erfolg: Ende November 1981 empfing Außenminister H.D. Genscher erstmals offiziell eine Delegation der DTA und erklärte damit seinerseits UN-Resolutionen faktisch zu Makulatur.

Freie Hand für einen noch kriegerischeren Kurs hat Pretoria ohnehin längst, nämlich beim Geheimtreffen mit Chester Crocker im April 1981, erhalten. Ch. Crocker: „Wenn das mit Namibia weitergeht, wird Süd-/Zentralafrika den Sowjets geöffnet. Ein auf kleiner Flamme kochender Konflikt ist nicht annehmbar...“ (Zit. nach: Counter Spy, Washington, Nr. 4/1981, S.5.) Die Reagan-Administration setzt demnach darauf, den Preis eines auf „großer Flamme kochenden Konflikts“ im Südlichen Afrika zu zahlen. Mit einer von Washington gedeckten südafrikanischen Kriegseskalation gegen die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO wie gegen die Frontstaaten (Angola, Moçambique!) muß also gerechnet werden.



Tatsache, daß sich die Gefahr eines Atomkrieges umso mehr erhöht, je besser – d.h. treffsicherer und mehrzähliger einsetzbar – die strategischen und taktischen Atomwaffensysteme der Kontrahenten geraten. Was dagegen hilft, sind einzig konkrete Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen auf der Grundlage der Ost-West-Parität, d.h. voran eine Wiederbelebung des SALT-Prozesses. Denn: „Eine Vereinbarung ist ausgeschlossen“, heißt es im SIPRI-Jahrbuch 1981/82, „wenn eine Position der Überlegenheit aufgebaut und wie gehabt gerechtfertigt wird. Diese Lehre hat man, wie es scheint, vergessen; mit dem alten und dummen Slogan 'Verhandlungen aus einer Position der Stärke' versuchen die USA offensichtlich, eine Überlegenheit wiederherzustellen, wie sie in den 60er Jahren (bei den Interkontinentalraketen; d. Verf.) bestand. Ein Verhalten, das wegen der unvermeidlichen sowjetischen Reaktion wenig Aussicht auf Erfolg hat.“¹¹

„Zurück in die 60er Jahre“, das will Washington buchstäblich einmal mit der Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa: Insgesamt 105 atomare US-Mittelstreckenraketen der Typen Jupiter und Thor, gerichtet gegen die Sowjetunion und in deren Reichweite, standen damals im Jahr 1960 auf britischem, italienischem und türkischem Boden. Die UdSSR zog 1961 mit der erstmaligen Produktion entsprechender Raketen (SS 4 und SS 5) als Gegengewicht in Europa nach. Als sie im Herbst 1962, vornehmlich zur Abschreckung einer Neuauflage der CIA-Invasion gegen Kuba (von 1961), mit der Installation von SS 4 auf kubanischem Territorium – vor der Haustür der USA – begann, kam es zur sog. Oktoberkrise, der bis dahin gefährlichsten Konfrontation zwischen den beiden Großmächten.

Im Ergebnis der Kubakrise zogen die Sowjetunion die SS 4 von Kuba ab, während die US-Regierung J.F. Kennedy 1963 ihre landgestützten Mittelstreckenraketen aus Westeuropa entfernte (bald darauf allerdings ersetzt durch seegestützte Atomraketen des Typs Polaris) und eine Nichtangriffs-Verpflichtung gegenüber Kuba einging.¹² Die Reagan-Administration aber wischt heute beide Elemente jenes atomaren Waffenstillstandes beiseite, wenn sie vor beiden Haustüren der Sowjetunion, also in Westeuropa und Ostasien, atomare Mittelstreckenpotentiale neuer Qualität zu installieren trachtet und gleichzeitig das sozialistische Kuba mit Kriegsdrohungen und -vorbereitungen traktiert. Es versteht sich, daß gerade im Fall einer „lokalen“ Konflikteskalation USA-Kuba der Übergang zum globalen militärischen Zusammenstoß besonders fließend wäre.

Kreuzzug gegen den „Terrorismus“

„Zurück in die 60er Jahre“, das will die Reagan-Administration, wenn sie die „Globalität“ der „amerikanischen Lebensinteressen“ betont und davon die Notwendigkeit ableitet, „zu der Eindämmungspolitik zurück(zu)kehren ... wie sie zwischen der Ära Truman und dem amerikanischen Rückzug aus Vietnam verfolgt wurde“ (so Abrüstungschef E.V. Rostow).¹³

Das hier angerissene Erfordernis einer Überwindung des „Vietnam-Traumas“, der Niederlage im US-Vietnamkrieg (1964-73), wurde schon von Präsident J. Carter zur Jahreswende 1979/80 bemüht, um damit den Rückgriff zu verstärkter Militärpräsenz und Interventionismus der US-Streitkräfte zu begründen. Während er jedoch sein Ja zum gegenrevolutionären Einsatz militärischer Gewalt auf die „lebenswichtige“ Ölregion am Persischen Golf zuschnitt, erklärt die Regierung Reagan angesichts der „globalen Turbulenzen“ (A. Haig) in der Dritten Welt diese als Ganzes zur Sicherheitszone der USA.¹⁴

Angriffsziel Libyen



Vor Libyens Küste: Flugzeugträger Nimitz von der 6. US-Flotte

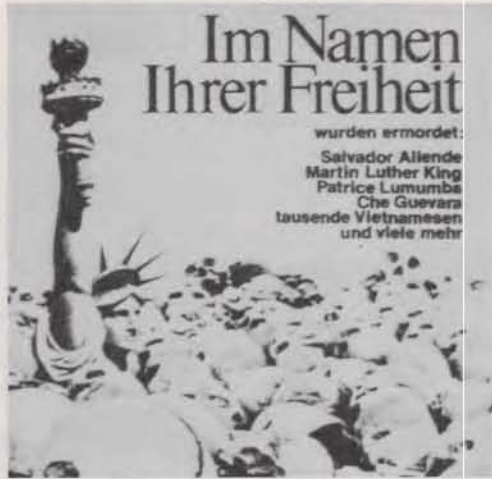
Der rüde Hinauswurf der libyschen diplomatischen Mission in Washington vom Sommer 1981 war der Auftakt für eine US-Kampagne, in der Libyens Muḥammad Ghaddafi zum „gefährlichsten Mann der Welt“, Libyen zur „Brutstätte des internationalen Terrorismus“ (Newsweek, 19.8.1981) hochstilisiert und zum Abschluß freigegeben wurde. Die seitherige Darstellung Libyens als Ursache allen Übels, als „sowjetisches trojanisches Pferd“ ist im Kern sowohl gegen die Arabische Front der Standhaftigkeit als auch gegen Libyens Hilfestellung für die progressiven Kräfte Afrikas gemünzt. Das US-Magazin Covert Action zitiert US-Unterstaatssekretär Ch. Crocker und folgert: „Libyens Präsenz im Tschad spricht gepflogenen afrikanischen Prinzipien Hohn“ und „stellt eine Herausforderung der Verfolgung amerikanischer Interessen dar... Libysche Aktivitäten in Afrika und anderswo treffen den Kern US-amerikanischer und westlicher Zielsetzungen“. Ob der libysche Expansionismus mit Oberst Ghaddafis 53.000 Mann starker Armee weit gehen kann, darf bezweifelt werden.“ (Covert Action, Washington, Nr. 13/1981, S.34)

Gleichwohl ist Libyens Ghaddafi für die USA an nahezu allem schuld, sei es an der desolaten Lage des Numeiri-Regimes im Sudan, an dem schwer durchschaubaren Bürgerkrieg im Tschad oder am Widerstand der westsaharaischen Befreiungsfront POLISARIO gegen die marokkanische Besetzung. Für US-Vizepräsident George Bush oder Henry Kissinger ist er indirekt „schuld“ auch an der Ermordung Anwar al-Sadats (siehe AIB 11-12/1981, S. 4ff.). Letzterer konstatierte, Präsident Sadat könne noch am Leben sein, hätte „man sich“ um Libyen „gekümmert“.

Die USA haben es Oberst Ghaddafi nie verziehen, daß er durch die Revolution von 1969 das profitable Geschäft der angloamerikanischen Ölmultis einschränkte und den NATO-Mächten die größte Militärbasis im Nahen Osten (Wheelus) schloß. In den 70er Jahren wurde er durch seine kompromißlose Haltung gegenüber dem kapitulationswilligen Regime Sadats zu einem Hindernis für eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts. Libyen wurde so zu einer der bevorzugtesten Zielscheiben der US-Destabilisierungsstrategie im Nahen und Mittleren Osten. Was unter J. Carter von der herrschenden Meinung in den USA gegen das iranische Khomeini-Regime an Hysterie erzeugt wurde, konzentrierte sich nach R. Reagans Amtsantritt gegen die Revolutionsführung Libyens. Es war die psychologische Vorbereitung zum schließlichen „Kriegsspiel“ bzw. „ersten Test“ (R. Reagan) im August 1981...

Am 19. August 1981 provozierten US-Marinejäger im libyschen Golf von Syrte einen „Zwischenfall“ und schossen zwei libysche Aufklärer ab. Wie Newsweek schon zuvor – in der Ausgabe vom 19.8.1981 – wußte, wollte die Reagan-Administration „in dieser Woche den libyschen 'starken Mann' das erste Mal direkt herausfordern“. Und: „Ein geduldig Plan, um Ghaddafi zu destabilisieren und schließlich zu stürzen, ist vom CIA entwickelt worden.“ (Newsweek, 31.8.1981)

Als nicht mindere antilibysche Provokation – wenn auch zugleich als Kriegssübung zur Besetzung arabischer Ölfelder geplant – stellte sich das Luftlandemanöver „Bright Star“ (Heller Stern) dar, das Ende November 1981 US-Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe zusammen mit ägyptischen Truppen nahe der Grenze zu Libyen veranstalteten. Schließlich zogen sich nach längerer Kampagne Anfang Dezember 1981 US-Ölkonzerne endgültig aus Libyen zurück – Teil wirtschaftlich-technologischer Destabilisierung, aber auch Signal möglicher weiterer Aggressionsvorhaben.



Plakat des Graphikers Werner May

Den CIA „von Zwängen befreien“

Seit die Reagan/Haig-Regierung die rigide Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ zum Leitmotiv ihrer Außenpolitik gemacht hat, sieht man im Hauptquartier Langley des US-Geheimdienstes CIA „gute neue Tage“ vor sich. So CIA-Chef W.J. Casey.

Schwierigkeiten hatte es zu Zeiten der Präsidenten G. Ford und J. Carter gegeben, als sich Presse, Senat und Repräsentantenhaus nach Vietnam und dem Watergate-Skandal an eine Durchleutung der CIA-Aktivitäten machten. Und diese brachten ans Licht: Der CIA hatte versucht Politiker zu ermorden – Fidel Castro vergeblich, Patrice Lumumba (Kongo 1961) und Ngo-Dinh-Diem (Vietnam 1963) erfolgreich. Die Agentur hatte „unbotmäßige“ Regierungen gestürzt, wie z.B. die Mossadeghs im Iran (1953) oder die Allendes in Chile (1973). Sie hatte militärische Invasionen organisiert, so in der kubanischen Schweinebucht (1961) und in der Dominikanischen Republik (1965). Der CIA hatte die USA in den Vietnamkrieg (1964-73) verstrickt und dort selbst in der Operation „Phoenix“ die Ermordung von mehr als 20.000 Vietnamesen zu verantworten.

Nach dem Mißerfolg der CIA-Anleitung der prowestlichen UNITA- und FNLA-Trupps in Angola (1975) wurde diese 1976 verboten (Clark-Amendment). Gleichzeitig wurde damit offiziell die Aufgabe des CIA in Übersee auf Nachrichtensammlung und -auswertung beschränkt. In weiteren Präsidentenerlassen wurden danach dem Geheimdienst u.a. Mordkommandos und bestimmte paramilitärische Aktionen untersagt.

Wenn auch durch J. Carter diese Vorschriften seit 1979 gelockert wurden (u.a. CIA-Ausbildung und -Bewaffnung der afghanischen „Rebellen“), so bedeuteten sie allemal einige Einschränkungen für die „Entfaltungsmöglichkeiten“ der Agentur. Diese zu beseitigen, darauf arbeitet seit Januar 1981 die Regierung Reagan hin, um im US-Senat, Kongreß u.a. zuständigen parlamentarischen Ausschüssen die gesetzliche Aufhebung des Clark-Admendments durchzusetzen – eine Prozedur, die Ende 1981 noch andauert. Eben diese „Fesseln“ meinte W.J. Casey bei seiner Anhörung vor dem Geheimdienstausschuß des Senats am 13.1.1981 mit seinem Votum, „die Fähigkeiten der Organisation, ihre Ziele anzugehen und durchzuführen, von Zwängen zu befreien“. „Wenn es im höchsten Interesse der Vereinigten Staaten“ stünde, so der CIA-Chef weiter, könne man auch direkte Operationen gegen andere Regierungen nicht ausschließen (zit. nach: Covert Action, Washington Nr.12/April 1981, S.30).

So geschah es dann auch. Die Forcierung der Washingtoner Militärhilfe für die afghanischen „Rebellen“ wurde von Ronald Reagan am 9. März 1981 offen angekündigt. Zum El-Salvador-Konflikt tauchte bereits im Februar 1981 ein Weißbuch der US-Regierung auf, in dem sie mit CIA-Fälschungen eine kubanische und nikaraguanische Militärintervention in El Salvador vorzutäuschen und damit den eigenen Interventionismus zu legitimieren suchte. Bei einem südafrikanischen Überfall auf Moçambique vom 30.1.1981 hatten CIA-Agenten nachweislich die Vorarbeit für das Rassenregime geleistet (siehe AIB 6/1981, S. 4-10).

Schließlich fabrizierten die Biokriegs-Experten des CIA im September 1981 auch noch „Indizien“ für vietnamesisch/sowjetische Giftgas-Einsätze in Kampuchea oder Afghanistan, die sich bald als „nicht die Spur eines Beweises“ (Süddeutsche Zeitung) entpuppten. Die Zuarbeit der Reagan-Administration für Aggressionsakte Südafrikas und der UNITA-Banden gegen Angola wurde, unter Mißachtung des Clark-Amendments, längst wieder aufgenommen.

Daraus ergeben sich einige gravierende Veränderungen für die gegenwärtige US-Globalstrategie:

- Das Pentagon greift unter C. Weinberger zurück auf die unter J.F. Kennedy 1961 kreierte „Doktrin der zweieinhalb Kriege“. Damals verstand man darunter die Unterhaltung eines hinreichenden US-Militärpotentials in zwei Regionen, um zwei große Kriege, einen in Europa und einen in Ostasien, zur gleichen Zeit führen zu können; simultan wollte man im Stande sein, irgendwo sonst noch einen begrenzten Konflikt („halber Krieg“) zu bestreiten. Heute kalkuliert Washington mit der gleichzeitigen Kriegführung in Europa und am Persischen Golf, während man sich auf einen „halben Krieg“ vorrangig in Mittelamerika bzw. der Karibik und in Afrika einrichtet.¹⁵

- Mit dem beschleunigten Aufbau und der Vergrößerung der **Schnellen Eingreiftruppe** (von 100.000 auf 200.000 Mann) wird ein Instrumentarium zum flexiblen Einsatz in den wichtigsten Krisenzentren, aber auch in anderen möglichen neuen Krisenherden geschaffen. A. Haig: „Militärische Macht ändert politische Vorstellungen sowohl durch die Fähigkeit der Intervention als auch durch die Intervention selbst.“¹⁶

- Die Reagan-Administration verbindet den Ausbau ihrer weltweiten militärischen Präsenz (über 500.000 US-Militärs stehen im Ausland) mit einer Reaktivierung des Geheimdienstes CIA (siehe Kasten) und mit der ungeschminkten Aufwertung der reaktionärsten Regimes (Chile, Südafrika, Südkorea, Türkei, Israel, Marokko, Pakistan usw.). Waffensperren, die gegen sie bestanden, werden aufgehoben, Kriegszüge gefördert.

- Zurückgegriffen wird ferner auf jene unter J.F. Kennedy gängige „Anti-Aufständischen-Bekämpfung“ durch US-Spezialeinheiten, die im Vietnamkrieg ausgiebig angewandt worden war. Heute kommt sie in El Salvador zu neuer Blüte.

- Die Regierung Reagan drängt auf mehr Koordination und Hilfestellung innerhalb des NATO-Bündnisses, was die Interventionsvorbereitungen in Krisenzentren der Dritten Welt betrifft. Sie fordert eine generelle **Ausweitung des Geltungsbereichs der NATO**

- Sie macht Schluß mit dem teilweisen Disengagement der USA in Ostasien in den 70er Jahren. Ihre Positionsverluste will sie u.a. durch vertiefte strategische Beziehungen zu **China**, die Erhöhung der militärischen Rolle Japans und deren antisowjetische Koalitionen mit den südostasiatischen ASEAN-Staaten ausgleichen. Darunter fällt die nunmehr uneingeschränkte Ausstattung der VR China mit modernen NATO-Waffen, nachdem man sie bei A. Haigs Peking-Besuch im Herbst 1981 von der Bannliste der „kommunistischen“ Länder gestrichen und US-Abhorchanlagen an der chinesi-



US-Eingreiftruppier in Ägypten: „Amerika ist die Nr. 1. Vergiß das nicht!“

schen Grenze zur Sowjetunion errichtet worden waren. Indem die Reagan-Administration anstelle der Carter'schen Menschenrechtskampagne jene gegen den „internationalen Terrorismus“ setzt, für den „die Sowjetunion die Hauptverantwortung“ trage (A. Haig)¹⁷, versucht sie nicht nur von ihren eigenen Verbrechen (Vietnamkrieg, Chile, El Salvador usw.) abzulenken, ihre eigene interventionistische Unterdrückung des legitimen Befreiungskampfes zu bemänteln. Sie will damit überdies der UdSSR den Verzicht auf die Unterstützung von Revolutionsregierungen und Befreiungsbewegungen aufnötigen, so daß diese leichter vom Imperialismus zu destabilisieren bzw. zu zerschlagen wären. Im Kern geht es Washington dabei um die gleichzeitige Zurückdrängung des revolutionären Lagers in der Dritten Welt und des politischen Einflusses der Sowjetunion, die als zweitstärkste Wirtschafts- und Militärmacht der Welt dem „großen Traum“ des R. Reagan am sperrigsten im Wege steht. Des weiteren ist die Regierung Reagan bestrebt, ihren globalen Konfrontationskurs als Druckmittel gegenüber ihren westeuropäischen Verbündeten und Japan zu nutzen, um die führende Rolle der USA zu rekonsolidieren. In einem Spannungsklima fällt ihr die Druckausübung leichter, die Westmächte müßten sich allesamt zu erhöhten Rüstungsausgaben und zum Abbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Lager durchringen – beide Male zum Vorteil der USA (siehe Beitrag R. Falks).

Streichungen gegenüber der Dritten Welt

Die USA nämlich hatten, nicht zuletzt durch ihre gigantischen Aufrüstungsprogramme, gegenüber Japan und Westeuropa in den letzten beiden Jahrzehnten deutliche Positionseinbußen in der Industrieproduktion, im Welthandel usw. hinnehmen müssen. Z.B. hielten die USA 1950 noch mehr als 1/3 am Welthandel, heute nur noch 12-14%, wohingegen der EG-Anteil auf rund 40% anwuchs. Ebenso blieben die industriellen Wachstumsraten der USA deutlich unter denen der BRD, Japans oder Frankreichs.¹⁸ Und die USA können in Spannungssituationen am ehesten ihre stärksten Triumphe ausspielen, ihren großen militärischen Stärkevorsprung gegenüber ihren Verbündeten und die weltmarktbeherrschende Rolle ihrer Energiemultis (Ölwirtschaft). Mit der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen aber würde sich die Abhängigkeit der „Geiseln“ Europa oder Japan von Washington empfindlich erhöhen.

Von der Reagan-Administration konfrontiert sieht sich schließlich auch das Gros der Entwicklungsländer. Sowohl in der UNO als auch auf dem „Nord-Süd“-Gipfel von Cancún (siehe Beitrag von M. Mohnke) blockte Washington jeden Diskussionsansatz zur Neuen Weltwirtschaftsordnung ab. Der Beitrag der USA zu den Hilfsprogrammen für die 31 schwächstentwickelten Länder (LLDCs) wurden gekürzt, die Vergabe der Auslandshilfe wieder wie einst nach dem Wohlverhalten und strategischem Stellenwert im Ost-West-Konflikt verteilt. Also sahen Israel und Ägypten allein über die Hälfte der insgesamt 5,7 Mrd Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe Washingtons für 1981 ab.

A. Haig und die Internationale Agentur für Hilfe (AID) bieten den armen Nationen allen Ernstes als Ausweg aus Unterentwicklung und Hunger die Öffnung für den freien Handels- und Kapitalverkehr, der die privaten Fremdinvestoren anlocken würde, feil. Und da selbst die Weltbank nicht strikt genug der vorrangigen Förderung des Privatsektors Geltung verschafft, legte die Regierung Reagan auch dort Beschwerde ein. Die Unnachgiebigkeit Washingtons verbaut so ein echtes Vorankommen im „Nord-Süd“-Dialog und ist schon jetzt zu „einer bitteren Medizin für die meisten Führer der Dritten Welt“¹⁹ gediehen.

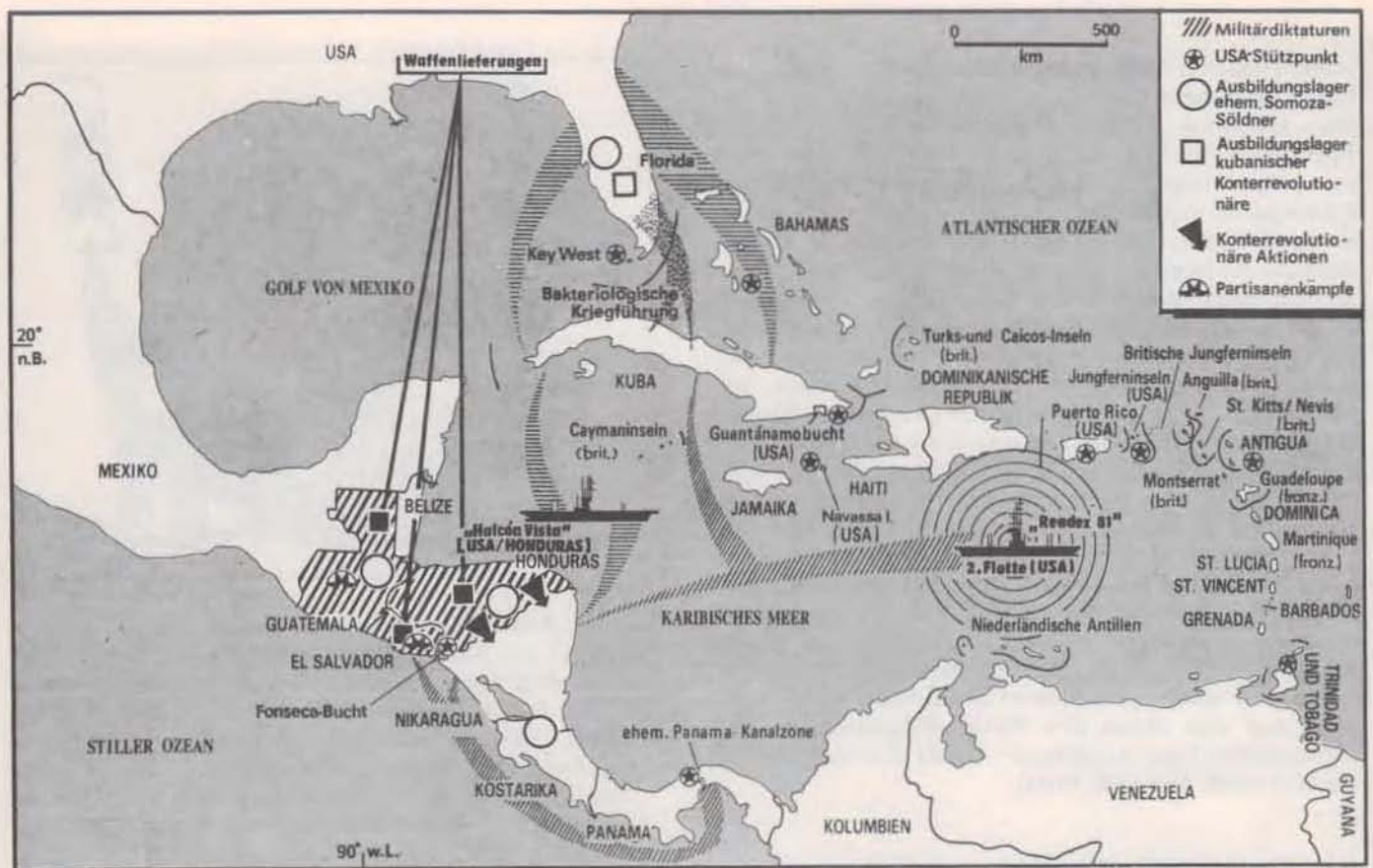


Zu der Annahme, daß die Weltmeinung die „bittere Medizin“ des Ronald Reagan schon schlucken würde, besteht freilich kaum Anlaß. Am 10. Dezember 1981 stimmte die 36. UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit für eine – von der UdSSR eingebrachte – Deklaration über die Ächtung des Ersteinsatzes von Atomwaffen, in der es heißt: „Niemand wird es weder Rechtfertigung noch Vergebung für jene Politiker geben, die den Ersteinsatz von Kernwaffen beschließen.“ Verabschiedet wurden von der UN-Vollversammlung weiter Resolutionen für die Entmilitarisierung des Weltraums, für den Abbau der Atomwaffen sowie für ein Verbot von Herstellung, Lagerung, Stationierung und Einsatz der Neutronenwaffe.

Abgesehen von erhöhtem Druck in der UNO muß Washington massivem Widerstand des sozialistischen Lagers, der Friedens- und Befreiungsbewegung in Westeuropa, Japan, den USA und der Dritten Welt gegen den Raketenrüstungs- und Interventionskurs der USA und ihrer NATO-Getreuen ins Auge sehen. Das Jahr 1982 verspricht kein Traumjahr für Ronald Reagan zu werden...

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 21.1.1981
- 2) Zit. nach: US News and World Report (USNWR), Washington, 23.11.1981 und Stern, 19.11.1981
- 3) Vgl. Newsweek, New York, 19.10.1981, USNWR, 30.11.1981 und IHT, 10.11.1981
- 4) Nach: IHT, 6.11.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.11.1981; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 7.11.1981; Der Spiegel, 9.11.1981; Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.11.1981
- 5) K.K. Rabe, Vier Minuten vor Mitternacht. Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn, Bornheim 1981, S.10
- 6) SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Reinbek 1981, S.64; und G. Bastian/G. Schröder, Wider den NATO-Rüstungsbeschluß, Bonn 1981, D.S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? Reinbek 1981, S.23, veranschlagt für 1981 das globale Verhältnis USA-UdSSR an atomaren Gefechtsköpfen auf 10.000:7.000
- 7) Dokumente zum Zeitgeschehen, Köln, Heft 1/1981, S.37
- 8) Zit. nach: G. Kade, Wer bedroht uns?, Köln 1981, S.59
- 9) Vgl. FAZ, 6.8.1981
- 10) Daten nach: SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, S. 7-12
- 11) Ebenda, S.36
- 12) Vgl. zur Kubakrise insbesondere: D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Westberlin 1980, S. 183-197 und 355
- 13) Amerika-Dienst, Bonn, 1.7.1981
- 14) Zit. nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1981; Zur Carter-Doktrin siehe AIB 3/1980, S. 4ff.
- 15) Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, September 1981 und IHT, 25.9.1981
- 16) Amerika-Dienst, 3.8.1981
- 17) USNWR, 4.5.1981
- 18) Daten nach: FAZ, 27.11.1981; OECD (Hg.), Main Economic Indicators, Paris, lfd.; K. Kaiser u.a., Die Sicherheit des Westens, Bonn 1981, S.10
- 19) USNWR, 26.10.1981



Alfonso I. Barrios Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“

Anfang November 1981 wurde bekannt, daß US-Außenminister Alexander Haig das Pentagon beauftragt habe, eine Reihe von Optionen für „mögliche militärische Aktionen“ der USA gegen Kuba und Nicaragua zu überprüfen. Unter den gegen Kuba erwogenen Militäroperationen fanden sich – laut New York Times vom 6.11.1981 – eine Stärkedemonstration der US-Luftwaffe, Seekriegsübungen und eine Blockade ebenso wie eine Invasion durch Streitkräfte der USA und/oder eventuell lateinamerikanischer Verbündeter.

Ähnliche militärische Optionen gegen Nicaragua suchte A. Haig am 13.11.1981 vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Repräsentantenhauses und am 4.12.1981 vor der Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in St. Lucia damit zu rechtfertigen, daß es wie Kuba zum Stützweiler einer – sowjetisch gesteuerten – „Intervention und Militarisierung“ in Mittelamerika und der Karibik geworden sei. Vor der OAS warb der US-Außenminister für eine kollektive Aktion, um die wachsende Bedrohung des „Terrorismus und Krieges in der Region“ abzuwenden.¹

Festgemacht wird diese Washingtoner Option an einem angeblichen militärischen Engagement Kubas und Nicaraguas auf Seiten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) im salvadorianischen Guerillakrieg – ungeachtet aller Dementis der Beschuldigten, ungeachtet des Mangels an Beweisen. Bereits im Februar 1981 hatte die Reagan-Administration mit der Vorlage eines „Weißbuches“ nachzuweisen versucht, daß die innere Zuspitzung in El Salvador

auf eine „kommunistische Intervention“ Kubas bzw. der Sowjetunion zurückgehe, also nicht etwa auf die schreiende soziale Ungerechtigkeit und den Krieg der Militärjunta gegen das eigene Volk.

Als ehemalige Agenten des US-Geheimdienstes CIA dieses Material bald darauf als Dokumentenfälschungen Marke CIA auswiesen², schob Washington im Juli 1981 die Behauptung nach, Nicaraguas Revolutionsregierung empfangen über Kuba „hochentwickelte“ sowjetische Waffen, die für El Salvador bestimmt seien. Anfang September 1981 bezichtigte das US-Außenministerium dann Nicaragua und Kuba, Militärberater auf Seiten der salvadorianischen Befreiungsbewegung einzusetzen. Schließlich brachte es im Oktober/November 1981 die Fabel in Umlauf, Kuba habe in der zweiten Septemberhälfte ein Truppenkontingent von 500-600 Elitesoldaten über Nicaragua nach El Salvador entsandt mit dem Auftrag, in die Kämpfe direkt einzugreifen.³

Die Reagan-Administration versucht auf diese Weise, vom eigenen Interventionismus zugunsten der volksfeindlichen Diktaturregimes in El Salvador, Guatemala, Honduras usw. abzulenken. Sie benutzt zweitens die Interventionslüge gegenüber Nicaragua und Kuba, um ihr Nein zu einer politischen Verhandlungslösung im El-Salvador-Konflikt vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Und drittens, das veranschaulicht A. Haigs Spruch, man müsse die äußere Hilfe für die salvadorianischen „Terroristen“ bis zu „ihrer Quelle“ verfolgen,⁴ nimmt Washington den Konflikt in El Salvador zum Vorwand, um sein Vorhaben eines Zurückrollens des revolutionären Aufschwungs in der Region voranzutreiben.

Der Kreis der Opfer für einen US-Angriff ist abgesteckt: A. Haig stellte kurzum die Regierungen Nikaraguas und Grenadas als ebenso „kubanisch kontrolliert“ und „subversiv“ hin wie die Befreiungsbewegungen El Salvadors oder Guatemalas. Der Ausgang des Kampfes um El Salvador wurde zum eigentlichen Testfall der Entschlossenheit Washingtons erklärt, in ihrem „Vorgarten Mittelamerika“ (Präsidentenberater Richard Allen)⁵ keine weiteren Positionsverluste mehr hinzunehmen. Ihre aktuelle Maxime, „kein zweites Nikaragua in El Salvador“ und „kein zweites Kuba in Nikaragua“ zu tolerieren (so A. Haig und Vizepräsident George Bush),⁶ ist in ihren Augen überdies Bestandteil einer globalen US-Gegenoffensive gegen die „Expansion des Moskauer Einflusses“. So jedenfalls formulierten es die Lateinamerikaexperten der Regierung Reagan im Mai 1980 in ihrem Geheimdokument von Santa Fé (siehe Kasten), das als Grundsatzpapier für die republikanische Lateinamerikapolitik der 80er Jahre anzusehen ist.

Im „Dokument von Santa Fé“⁷ offenbart sich einmal, welche kontinentalen Prioritäten diese Regierung setzt: Da sich die strategisch hochbedeutende Karibik zu einem „marxistischen Meer“ entwickelt habe, müsse sich die US-Lateinamerikapolitik auf dieses Gebiet konzentrieren. Da weiter das sozialistische Kuba der lateinamerikanische Hauptgegner sei, auf dessen „unablässige Aktivität“ die Erfolge der „Linksdiktaturen“ in Nikaragua, Grenada, Panama und Guyana(!) sowie der Aufschwung der Guerilla in El Salvador und Guatemala zurückgingen, votieren die Verfasser für „Strafaktionen“ gegen alle Kräfte, die freundschaftliche Beziehungen zur Revolutionsregierung Fidel Castros unterhielten.

Die Norm lautet: „Keiner feindlichen ausländischen Macht wird gestattet, Stützpunkte bzw. militärische und politische Verbündete in der Region zu haben.“ Also kann jede Regierung, die sich nicht dem Diktat des Yankee-Imperialismus unterwirft, durch diesen destabilisiert und gestürzt werden? Es scheint so. Jüngste Beispiele sind Panama und Ekuador. Die Santa-Fé-Gruppe behauptet, Panama habe die Weltmacht-Rolle der USA empfindlich geschwächt, indem es Washington zur Rückgabe des Panamakanals gezwungen habe. Der 1977 von Omar Torrijos und Jimmy Carter unterzeichnete Vertrag solle daher nicht anerkannt, der Kanal dem – von Washington dominierten – Interamerikanischen Verteidigungsrat unterstellt und eine internationale Zone geschaffen werden, um „der Sowjetunion und ihren kommunistischen Verbündeten in dieser Hemisphäre verstehen zu geben, daß wir bereit, willens und fähig sind, unsere Lebensinteressen zu verteidigen“.

Diesen „Lebensinteressen“ stand auch der sozialdemokratische Präsident Ekuadors, Jaime Roldos, im Wege. Er hatte sich nicht nur gegen das Folterregime in El Salvador ausgesprochen, sondern auch trotz des Drucks Washingtons zu



US-Militärberater in El Salvador

Nikaragua und Kuba enge Beziehungen – für die Lateinamerikapolitiker Ronald Reagans eine Ungeheuerlichkeit.

Die beiden von ihnen attackierten Staatsmänner, Omar Torrijos und Jaime Roldos, fanden inzwischen beide bei mysteriösen Flugzeugabstürzen den Tod. Und der Plan der Santa-Fé-Gruppe zur Verteidigung der US-„Lebensinteressen“ gipfelt in dem Vorschlag, einen Krieg gegen Kuba für den Fall zu beginnen, daß die unabdingbare Zerschlagung der revolutionären Prozesse im mittelamerikanisch-karibischen Raum (Grenada, Nikaragua, El Salvador, Guatemala u.a.) anders nicht von Erfolg gekrönt sein sollte.

Eine Kriegseskalation ist also eine fest einkalkulierte Größe der neuen, abenteuerlichen Strategie Washingtons unter Ronald Reagan. Um ihren arroganten Alleinherrschaftsanspruch im „Hinterhof“ Lateinamerika wahrzumachen, hat die Reagan-Administration darüber hinaus einige andere kontinentale Akzente als die Regierung Carter gesetzt.

Schluß mit dem „Rückzug“ J. Carters!

„Der Kampf gegen den Terrorismus wird in unserer internationalen Politik den Platz einnehmen, den in der Reihenfolge der Prioritäten bisher die Menschenrechte einnehmen.“⁸ Das erklärte A. Haig auf seiner ersten Pressekonferenz, wobei „Terrorismus“ hier mit nationalem Befreiungskampf und dessen Unterstützung ineins gesetzt wird. Hatte J. Carters Kurs einer kontrollierten „demokratischen Öffnung“ der lateinamerikanischen Militärdiktaturen zu Reibungsverlusten in den Beziehungen Washingtons zu diesen geführt, so betrieben die Mannen des Ronald Reagan ohne moralisches Beiwerk die „Erneuerung der traditionellen Allianzen“ und die „Entwicklung neuer Freundschaften“⁹ mit eben den Putschgenerälen zügig voran. Die von J. Carter gegen die Faschistenregimes Chiles, Uruguays, Paraguays und gegen Argentinien verhängten Waffenexportbeschränkungen wurden aufgehoben. Die Beziehungen zu ihnen, der bolivianischen Kokain-Junta, der guatemalteckischen Lucas-Diktatur und dem honduranischen Garcia-Regime wurden „normalisiert“, d.h. nicht zuletzt man rüstet sie bevorzugt auf. Die Reagan-Administration ging jedoch noch einen Schritt weiter: Emissäre wie die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick (im August 1981), General Vernon Walters oder Unterstaatssekretär Thomas O. Enders (vor der OAS-Konferenz von St. Lucia) machten die Runde, um „Freunde“ wie die Juntas Chiles, Uruguays und Argentinien für eine Beteiligung ihrer Armeen an einem gemeinsamen Kreuzzug im Rahmen einer „Interamerikanischen Friedensaktion“ gegen die Guerilla in El Salvador und Guatemals zu gewinnen. Schluß gemacht wurde von der Reagan-Administration auch mit derartigen Konzessionen bzw. Integrationsversuchen, wie man sie unter J. Carter gegenüber dem befreiten Nikaragua unternahm. Nach dem Sturz des Somoza-Regimes vom Juli 1979 hatte man der von den Sandinistas geführten Koalitionsregierung Wirtschaftshilfe gewährt, wengleich zugeschnitten auf die Förderung der privatkapitalistischen Sektors und der „gemäßigten“ Kräfte in der Koalition, und eine gute Zusammenarbeit gepflegt. Die Reagan-Administration hingegen strich im Zeitraum Januar bis Juni 1981 dem wirtschaftlich ohnehin angeschlagenen Nikaragua 81,1 Mio Dollar an bereits zugesagten Krediten.¹⁰ Auch für Konzessionen an nationalreformistische Kräfte wie die Regierungen Panamas oder Venezuelas, die unter J. Carter mit dem Abschluß des Panamakanalvertrages (1977) und einem Arrangement zur Nichteskalation des Nikaraguakonflikts (1979)¹¹ eingegangen worden waren, hat die Reagan-Administration überhaupt nichts übrig.

Auf den mittelamerikanisch-karibischen Raum konzentrieren sich heute der von den USA gen Lateinamerika fließen-



Geheimdokument von Santa Fe

„Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, lautet der Titel eines unlängst enthüllten Geheimdokuments, das konservative Lateinamerikastrategen im Mai 1980 für den Interamerikanischen Sicherheitsrat der USA erstellten. Zweifellos handelt es sich bei diesem „Dokument von Santa Fé“, so genannt wegen der Bezeichnung seiner Verfasser als „Gruppe von Santa Fé“, um die Grundkonzeption der Washingtoner Lateinamerikapolitik unter Ronald Reagan.

Das wird schon daran deutlich, daß im Verfassersteam führende Köpfe der Reagan-Administration, die den aktuellen Kurs im US-„Hinterhof“ maßgeblich bestimmen, vertreten sind: so der Lateinamerika-Spezialist im State Department (Außenministerium), General Gordon Summer, der Lateinamerika-Spezialist im Nationalen Sicherheitsrat, Roger Fontaine und das Exmitglied des Interamerikanischen Sicherheitsrats, Francis Bouchez.

Das wird deutlich auch an der im Dokument von Santa Fé ausgebreiteten Weltsicht. Die Autoren kennzeichnen die US-Außenpolitik unter Jimmy Carter (1977-80) als zu einem Rückzugsgefecht heruntergekommen. Jetzt müsse wieder angegriffen werden. Dazu aber bedürfe es einer neuen globalen und „interamerikanischen“ Konzeption.

„Die Außenpolitik ist das Instrument, mit dem die Völker ihr Überleben in einer feindlichen Welt sichern. Der Krieg und nicht der Frieden ist die Norm, die die internationalen Angelegenheiten bestimmt...“

Die UdSSR in Schranken zu halten, genügt nicht. Die Entspannung ist der Tod. Das Überleben fordert von den Vereinigten Staaten eine neue Außenpolitik. Die USA müssen die Initiative ergreifen oder untergehen. Wir befinden uns am Rande eines 3. Weltkrieges... Lateinamerika und der Süden Asiens sind Schauplätze von Kämpfen der dritten Phase des 3. Weltkrieges. Die ersten beiden Phasen – Hemmung und Entspannung – wurden durch die sowjetische Strategie der doppelten Umzingelung fortgesetzt: der Unterminierung der Erdöl- und Rohstoffzufuhren des Westens und der Umzingelung der Volksrepublik China... Sogar die Karibik, ein Raum des Seeverkehrs und Zentrum für die Raffinierung von Erdöl für die USA, wird zu einem marxistischen See. Noch nie hat sich unser Land an seiner Südflanke in einer so gefährlichen Lage befunden. Noch nie hat die Außenpolitik der USA ihre Verbündeten in Lateinamerika so hintergangen, ausgeliefert und verraten wie heute.“

„Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines lateinamerikanischen Staates zu verfolgen, es sei denn, die lateinamerikanischen Staaten betrieben eine Politik, die der imperialistischen Einmischung außerkontinentaler Mächte Vorschub leistet und sie befürwortet.“

„Kuba muß in gewisser Hinsicht für die Zusammenarbeit mit der UdSSR, für die erreichte Politik der Subversion und Destabilisierung in dieser Hemisphäre als verantwortlich betrachtet werden. Gleichzeitig müssen wir die Freunde, die uns in dieser Region bleiben, stützen und einige vorbeugende Maßnahmen treffen.“

Havanna muß für seine Aggressionspolitik gegen die Bruderstaaten in Amerika zur Verantwortung gezogen werden. Neben anderen Maßnahmen wird der Sender 'Radio Freies Kuba', unter der offenen Verantwortlichkeit der Regierung der USA, gegründet werden, der objektive Informationen für das kubanische Volk ausstrahlen wird und u.a. die frevelhafte Allianz zwischen Havanna und Moskau ausführlich darstellen wird. Sollte die Propaganda scheitern, muß ein Befreiungskrieg gegen Castro in Gang gesetzt werden.“ (Hervorhebung d. Red.)

(Quelle: Estudios Uruguay, Rom, Nr. 78/1981, S. 20-43, Ausschnitte)

de Strom an Geld und Waffen sowie die kontinentale Ausweitung der US-Militärpräsenz.

Sowohl die regionale Anhäufung von „subversiven Volkserhebungen“ als auch „lebenswichtige“ Wirtschafts-, Strategie- und Sicherheitsinteressen (geographische Nähe) führt das offizielle Washington als Begründung dafür an. Natürlich ist esbarer Unsinn von einer „Bedrohung unserer Verkehrswege zu Wasser“ bzw. des Welthandels – so ein Sprecher des Pentagon – durch die Nationalisierung des Panamakanals oder die Existenz von Revolutionsregierungen zu sprechen, handelt es sich doch vielmehr um die Rechtfertigung für einen althergebrachten neokolonialen Vorherrschaftsanspruch des Yankee-Imperialismus in „unserem Amerika“, „unserem Mittelmeer“ (R. Reagan) bzw. „Vorgarten“ (R. Allen).

Wirtschaftsinteressen „im Vorgarten“, das sind 5 Mrd Dollar an Kapitalinvestitionen der US-Konzerne und damit 1/3 aller ihrer Direktinvestitionen in Lateinamerika (auf den Halbkontinent entfallen allein ca. 2/3 aller US-Investitionen in der Dritten Welt!). Der karibisch-mittelamerikanische Raum ist ferner US-Hauptbezugsquelle für Bauxit. Ihn durchlaufen ca. 1/4 der Erdölbezüge der Vereinigten Staaten. Das US-Handelsvolumen mit den Ländern der Region beläuft sich auf jährlich 16 Mrd Dollar. Und schließlich entfalten die US-Multis gerade hier eine hektische Suche nach reichlich vermuteten Ölvorkommen, nachdem man in Mexiko derart fündig geworden ist.¹²

Bereits unter J. Carter wurde im Oktober/November 1979 als Antwort auf die Revolutionssiege in Grenada und Nicaragua ein regionales Sonderhilfsprogramm für 1980 in Höhe von 275 Mio Dollar eingeleitet (finanziert von den USA und Internationalen Agenturen), flankiert von US-Militärmanövern und der Einrichtung eines Hauptquartiers für die Ver-



Ausbildung nikaraguanisch-kubanischer Soldner in Florida

einigten Streitkräfte der Karibik in Key West.

Von der Reagan-Administration wurde dieser sog. „Marshall-Plan“ aufgegriffen und ausgeweitet. Mittels einer erhöhten Wirtschaftshilfe der USA – und wunschgemäß auch Kanadas, Venezuelas, Mexikos, der Internationalen Entwicklungsgesellschaft und der Weltbank – sollen die (kapitalistische) Entwicklung in der Region beschleunigt und der Boden für private US-Kapitalinvestitionen bereitet werden. Davon – so Unterstaatssekretär T.O. Enders – sei eine „Absicherung gegen politische Risiken für einheimische wie für Fremdinvestitionen“ zu erwarten, sofern der „Marshall-Plan“ auch eine erhöhte Militärhilfe mit einschließt.

Ihr Zuwachs für 1981/82 ist in der Tat beträchtlich: Die für 1982 offiziell veranschlagten US-Waffenexporte an 11 Staaten der Region in Höhe von 50,7 Mio bedeuten einen Anstieg gegenüber 1980 um 135%. Im gleichen Zeitraum wird die Anhebung für militärische Ausbildungszwecke 178% auf 4,7 Mio Dollar betragen.¹³

„Endlösung“ für El Salvador?

Einer besonderen Förderung und Anleitung durch Washington erfreuen sich die Armee El Salvadors, Honduras' und Guatemalas. Die Präsenz von US-Militärberatern in allen drei Ländern wurde deutlich erhöht, ihre Beteiligung an „Strafaktionen“ gegen die Zivilbevölkerung wie die Guerilla wiederholt bezeugt.

Während sie vor Ort die Anti-Guerilla-Kriegführung von regulären Armeeeinheiten einüben, werden in Florida und Honduras mindestens 8.000 Söldner (Nikaraguaner, Kubaner u.a.) für den Einsatz gegen Nicaragua und die salvadorianische Befreiungsbewegung vorbereitet. Die Reagan-Administration hat ferner die Unterstützung für die Duarte-Junta El Salvadors, die für den Massenmord an mittlerweile 34.000 Salvadorianern verantwortlich zeichnet, noch verstärkt. Die Wirtschaftshilfe der USA an dieses Regime für 1981/82 wurde von ursprünglich 40 auf 200 Mio Dollar, ihre Militärhilfe von 10 auf 35 Mio Dollar aufgestockt.¹⁵

Die von den salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR unterbreiteten Vorschläge (zuletzt übermittelt am 7.10.1981 von Daniel Ortega vor der UNO) wurden von Washington sämtlich ausgeschlagen, mit dem Verweis auf eine für den März 1982 angesetzte Wahlfarce, von der die FMLN/FDR sinnigerweise ausgesperrt bleiben soll. Ausgeschlagen wurde gleichfalls der politische Lösungsvorschlag, den Mexiko und Frankreich in einer gemeinsamen Erklärung im August 1981 unter Anerkennung der FMLN/FDR als repräsentative Kraft El Salvadors unterbreiteten.

Die Reagan-Administration setzt damit unzweideutig auf eine militärische „Endlösung“, und sei es über den Einsatz von B-52-Bombern gegen die von der Guerilla kontrollierten Gebiete, wie A. Haig Anfang November 1981 androhte. Während er zugleich US-Umsturzaktivitäten bzw. militärische Gewaltanwendung gegen Nicaragua und Kuba nicht ausschließen wollte, warb US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Fort McNair (nahe Washington) auf einer geschlossenen Tagung von Spitzenmilitärs aus 20 amerikanischen Staaten (Nicaragua wurde die Teilnahme verweigert) für kollektive Militäroperationen gegen die salvadorianische Guerilla, Nicaragua und Kuba.¹⁶

So variantenreich der US-Militärinterventionismus in der Region auch sein mag, mit der Ausweitung des Stützpunktnetzes in der Karibik (Antigua, Vieques auf Puerto Rico u.a.) und der Durchführung ausgedehnter Militärmanöver seit der Jahresmitte 1981 wurden vorbereitende Schritte getan, die die Kriegsgefahr nur erhöhen.


Im gemeinsam mit der honduranischen Armee vollführten Militärmanöver „Falkenauge“ im Oktober 1981 probte man

den koordinierten Angriff gegen Nicaragua. Im Rahmen des Seekriegsmanövers „Ocean Venture 81“ führte die US-Marine gemeinsam mit britischen und holländischen Streitkräften im August 1981 in der Karibik die größten Kriegssimulationen seit Jahren durch. U.a. übte man eine simulierte Invasion Grenadas auf der Insel Vieques. Und Admiral Robert McKenzie, Kommandierender der Vereinigten Karibischen Streitkräfte, beschrieb Nicaragua, Kuba und Grenada der Einfachheit halber als „praktisch ein Land“.¹⁷

Derartige Kriegsspiele könnten umso eher zum Krieg werden, je schneller den USA gerade im selbsternannten Präzedenzfall El Salvador die Felle davonschwimmen – es sei denn, internationaler Druck vermag der Reagan-Administration die Hände zu binden.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Le Monde, Paris, 7.11.1981; International Herald Tribune (IHT), Zürich, 4. und 5./6.12.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.11. und 4.12.1981
- 2) Siehe CounterSpy-Stellungnahme und AIB-Interview mit Ph. Agee in: AIB 6/1981, S. 6ff. und AIB 7-8/1981, S. 37
- 3) Vgl. u.a. IHT, 2.9.1981 und Washington Post, 11.11.1981
- 4) Zit. nach: IHT, 7./8.11.1981
- 5) Die Zeit, 11.9.1981
- 6) Nach: FAZ, 14.11.1981
- 7) Wortlaut in: Estudios Uruguay, Rom, Nr. 78/1981, S. 20-43
- 8) El País, Madrid, 29.1.1981
- 9) Estudios Uruguay, a.a.O.
- 10) Barricada, Managua, 20.7.1981
- 11) Siehe im Einzelheiten Torrijos-Interview in: AIB 7-8/1981, S. 52-55, hier: S. 54/55
- 12) Zit. und Daten nach: CounterSpy, Washington, Nov. 1981 – Jan. 1982, S. 13
- 13) Ebenda, S. 12
- 14) Vgl. IDES, Westberlin, Nr. 57/6.11.1981
- 15) Daten nach: ebenda, Nr. 61/4.12.1981 und El Salvador libre, Nr. 3/Oktobre 1981
- 16) Vgl. Latinamerican Weekly Report (LAWR), London, 13.11.1981; Nicaragua Nachrichten, Nr. 11/1981 und IHT, 7./8.11.1981
- 17) LAWR, 28.8.1981



NICHT NUR FÜR INSIDER!

PARAGUAY Rundbrief

- Zweimonatsschrift mit
- Hintergrundartikeln und
- aktuellen Berichten über
 - Wirtschaft
 - Kultur und
 - politisches Geschehen
 - Beziehungen BRD-Paraguay
- Jahresabonnement 15,- DM

AUS DEM INHALT: Nr. 27 Die ökonomische und politische Bedeutung des La Plata-Beckens; Nr. 28 Der Tod Somozas und seine Auswirkungen; Nr. 29 Die Situation der Indianer in Paraguay; Nr. 30 Zur Situation der Frauen in Paraguay; Nr. 31 Ein Campesino erzählt; Nr. 32 Stroessners Hintermänner im Pentagon.

Ein Probeexemplar des Paraguay Rundbrief
und/oder weitere Informationen über die
Arbeit der PAG e.V. erhalten Sie bei der

Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.

– Gemeinnütziger Verein –
Sandbergstr. 45
6100 Darmstadt

Solidaritätskonto Paraguay
Postcheck Essen Nr. 352426 - 438

P
A
G

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Dieses Flugblatt (I.) stellen wie Lesern auf Anfrage gerne in gewünschter Anzahl zum Verteilen bei Veranstaltungen zur Verfügung



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen
bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80



Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Bitte mit
Postkartporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnementen erworben:
Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvorschlag:

Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzahlung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



Friedrich Hitzer
**Der Mord
im
Hofbräuhaus**

Unbekanntes und
Vergessenes aus der
Baierischen
Räterepublik

520 Seiten, Ln. mit
Schutzumschlag, 19,80 DM

Dieses Buch enthält nicht nur zahlreiche „vergessene“, sondern vor allem bisher unbekannte Dokumente: Nach dem einführnden Kapitel „Bayern: Freistaat oder Ordnungszelle“, in dem eine Zusammenfassung des Geschehens in Bayern nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution von 1918 bis 1920 gegeben wird, enthüllt der Hauptteil der Arbeit „Tendenzwende zum Faschismus“ in Deutschland. Dokumentarisch wird vorgeführt, mit welcher blutigen Methoden die Anhänger der Räterepublik verfolgt, gleichzeitig aber die konterrevolutionären Terroristen verteidigt, ihre Verbrechen verharmlost und als „notwendig“ bezeichnet wurden. In faschistischen Organisationen von der Thule-Gesellschaft bis zur Partei Hitlers, waren spätere Ereignisse in Deutschland bereits vorgezeichnet

Friedrich Hitzer **Der**
Unbekanntes und
Vergessenes aus der
Baierischen
Räterepublik
**Mord im
Hofbräuhaus**
RV Röderberg



Das Kapitel „Tagebücher der Revolution“ schließlich führt dem Leser Menschen vor, die in der Bayerischen Revolution für Frieden, für ein lebenswertes Leben der bisher benachteiligten Arbeiter, Angestellten und Bauern, für eine sozialistische Gesellschaft gekämpft haben. Die Aufzeichnungen von Rudolf Egelhofer, als 23jähriger Kommunist Kommandeur der Roten Armee, von Ernst Niekisch, als 30jähriger linker Sozialdemokrat zeitweise Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns, von Iwan Siessaraw, einem russischen Revolutionär, den äußere Umstände 1919 nach München verschlagen hatten, sowie von dem „Armeearzt“ Rudolf Schollenbuch, der 1920 im Alter von 63 Jahren als unabhängiger Sozialist „Volksbeauftragter für das Gesundheitswesen“ und Armeearzt wurde, sind Erstveröffentlichungen.

Röderberg



Sich entscheiden.

Für ein Leben
ohne Faschismus
und Krieg.
Gegen Neonazis
und Hochrüstung.

die
tat

Die
antifaschistische Wochenzeitung

**Ich wünsche – kostenlos
und unverbindlich –
Probeexemplare der „tat“**

Name

Straße

PLZ/Ort

**Sich die
entscheiden. die
Für „die tat“ tat**

Wenn Sie „die tat“ gleich bestellen wollen:

Ich abonniere „die tat“ ab sofort
zum Jahrespreis von

- 45,- DM
- 30,- DM (Sonderpreis für Schüler, Studenten,
Auszubildende, Soldaten, ZDL, Arbeitslose – gegen
Nachweis) – Lieferung jeweils per Postvertriebs-
stück/Inlandspreise.

POSTKARTE

Post-
karten-
porto

An
„die tat“/Röderberg-Verlag
Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Absender:

Name

Straße

PLZ/Ort

Ich bestelle Ex.

Friedrich Hitzler

Der Mord im Hofbräuhaus

Ja, ich interessiere mich für das



Röderberg-Verlagsprogramm
und möchte

- Gesamtprospekt
 Neuerscheinungsprospekt
 Taschenbuchprospekt

POSTKARTE

Post-
karten-
porto

An
Röderberg-Verlag
Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild

Die zweite Befreiung.

Alphabetisierung in Nicaragua

Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal

204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez

Viva Sandino! Leben und Tod des

ersten lateinamerikanischen Guerillaführers

157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.

Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen

176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski

Gott ändert nichts...

Iran gestern und heute

236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis

Das neue Äthiopien.

Vom Kaiserreich zur Revolution

196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou

Angola. Vom Königreich Kongo zur

Volksrepublik

272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.

Erinnerungen seines Privatsekretärs

429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld

Vietnam – Laos – Kampuchea

240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt

Das Sexbuch

249 Seiten, Weltkreis 1979



J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing
Das ist unser Land
Lamuv Verlag

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null

Von der Heiligkeit der Revolution. Gebet für
Mallory Monroe. Für die Indianer Americas. Das
Buch von der Liebe. Hammer



Placido Erdozain

San Romero de America.

Das Volk hat dich heiliggesprochen.

Die Geschichte des Bischofs von San Salvador

122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing

Das ist unser Land – Westbank und

Gazastreifen unter israelischer Besatzung

320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn

El Salvador/Nicaragua.

Aufstand im US-Hinterhof

191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?

264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal

In Kuba. Bericht von einer Reise

388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner

Afghanistan.

Revolution und Konterrevolution

290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg)

Befreiungsbewegungen in Afrika.

Politische Programme, Grundsätze und

Ziele von 1945 bis zur Gegenwart

532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez

Vom Vergnügen des Präsidenten.

Erzählungen aus Nicaragua

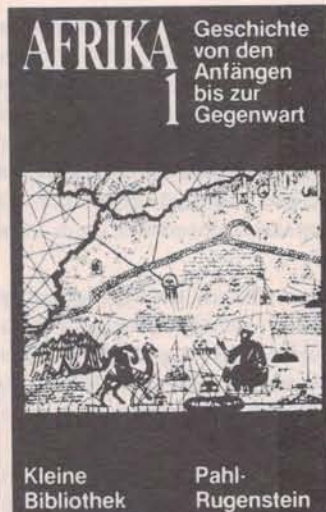
141 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer

Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und

Befreiungskampf heute

219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980



Rainer Falk

Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?

Mit den USA, so kann man der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und US-Präsident Ronald Reagan vom 22.5.1981 entnehmen, bildet die Bundesrepublik „eine Schicksalsgemeinschaft“. Gleichwohl gilt diese „atlantische Werte- und Schicksalsgemeinschaft“ (so fast im Gleichklang die Formel des F.J. Strauß) heute nicht mehr ganz so selbstverständlich wie noch vor einigen Jahren. Wenn konservative Beobachter auf die Differenzen zwischen den USA und den westeuropäischen Regierungen zu sprechen kommen, die besonders angesichts des sowjetischen Eingreifens in Afghanistan nicht mehr zu verbergen waren, ist zuweilen sogar von einer „transatlantischen Krise“ die Rede. Diese „war in der Tat nicht mit früheren Krisen vergleichbar, denn sie betraf vor allem fast alle Europäer und besonders die Deutschen, die bis dahin treuesten Alliierten und nicht nur die Franzosen wie unter de Gaulle“.¹

Gefährdet der Reagankurs die BRD?

Nicht allein das Verhältnis zu den USA ist nicht mehr unge- trübt, folgt man dieser Sichtweise; die grundlegenden Fundamente der Bonner Außenpolitik sind ins Wanken geraten: „Das Ende der Entspannung, die neue amerikanische Politik der Stärke und die Friedensbewegung in Westeuropa“, so ein anderer Beobachter gleicher Couleur, „haben die Bundesrepublik in ihre tiefste Orientierungskrise seit den Auseinandersetzungen um Westintegration und Wiederbewaffnung gestürzt. Der außenpolitische Grundkonsens zwischen den politischen Lagern, der sogar die in ihren Details häufig umstrittene Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition seit 1969 überdauert hatte, scheint nun in Gefahr.“²

Wenngleich derartigen Betrachtungen sicher die Tendenz zum Dramatisieren eigen ist, kann nicht übersehen werden, daß etwas in Bewegung gekommen ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis USA-Westeuropa, sondern betrifft vor allem die Frage, wie sich die Bonner Politik angesichts der vom Reagan'schen Kurs der globalen Konfrontation und „Eindämmung“ ausgehenden Gefahren für unser Land verhalten soll.

Je trotziger die sozialliberale Koalitionsregierung Schmidt/Genscher die Linie Washingtons unterstützt, so scheint es, desto größer wurde der Zuwachs der Friedensbewegung, deren zentraler Orientierungspunkt im entschiedenen Nein zum NATO-Raketenbeschluß vom 12.12.1979 besteht. Immer mehr Menschen hierzulande gelangen zu der Erkenntnis, daß die Bindung der Bundesrepublik an die atomare Globalstrategie der USA nicht nur gefährlich, sondern schlichtweg selbstmörderisch ist. Insofern als das Bündnis mit den USA zu jenen außenpolitischen Dogmen der Bonner Staatsdoktrin gehört, die nicht hinterfragt werden dürfen, wird durch die Friedensbewegung in der Tat der außenpolitische Grundkonsens der Bonner Parteien in Frage gestellt. Die herrschende Kräfte halten angesichts dieser Entwicklung natürlich umso entschiedener an dieser Position fest. Gleichwohl wird auch in ihren Kreisen verstärkt die Frage aufgeworfen, welche Konsequenzen sich aus der neuen US-Kon-



Aus: Der Spiegel, 12. 10. 1981

frontationspolitik für die Behauptung jener internationalen Position ergeben, die der bundesdeutsche Imperialismus im letzten Jahrzehnt erlangt hat. Von daher stellt sich die Frage nach der Interessenlage der Bundesrepublik in der gegenwärtigen weltpolitischen Zuspitzung unter einem doppelten Gesichtspunkt, erstens unter dem Aspekt der Konkurrenzinteressen der herrschenden Klasse besonders gegenüber den USA, die zugleich deren Expansionsinteressen zum Ausdruck bringen.

Hiervon verschieden ist sicher zweitens die Interessenlage der demokratischen Kräfte, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, die Bundesrepublik aus der lebensgefährlichen Bindung an die US-Globalstrategie zu befreien und gleichzeitig die wiedererwachten Expansions- und Hegemoniebestrebungen des deutschen Imperialismus zurückzuweisen.³

Die Interessenlage der Bundesrepublik wird von mehreren Faktoren bestimmt. Dabei muß zunächst auf das ganz elementare Interesse der Existenzhaltung hingewiesen werden, das auch gegensätzliche soziale Kräfte gemeinsam ha-

ben.

Nicht zu Unrecht weisen in letzter Zeit auch Stimmen aus dem bürgerlichen Lager darauf hin, daß durch die neue Militärstrategie der USA die Kriegsrisiken speziell für die BRD, den NATO-Frontstaat an der Nahtstelle zum sozialistischen Lager, in einem Ausmaß erhöht werden, das in der Konsequenz die Existenz des Bonner Staates selbst aufs Spiel setzt. Schon heute ist die Bundesrepublik angesichts der Lagerung von 5.000 bis 7.000 atomaren Sprengköpfen⁴ das mit Abstand größte Atomwaffendepot in ganz Europa. Die Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses vom 12.12.1979 würde dieses Atomlager um 108 Pershing II und 112 Cruise Missiles (Marschflugkörper) anreichern, also den größten Posten der westeuropäischen Stationierungsländer (insgesamt 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles) abbekommen. Damit würde sie zu der Abschlußrampe für die USA im Ernstfall, aber auch zu der Zielscheibe eines dann zu erwartenden sowjetischen Gegenschlages.

„Die Bundesrepublik“, schreibt Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, „... wird jetzt der am meisten bedrohte Staat der Erde. Sie ... ist 'Festlandsdegen' in Mitteleuropa, wenn anderwärts gefochten wird, mit einer US-Fähigkeit zum Ersteinsatz gegen die Sowjetunion. Wenn überhaupt nur ein Teil von Europa, dann wäre die Bundesrepublik, im Zeichen ihrer 'Nachrüstung', mit Sicherheit zerstört, eher und gründlicher als jedes andere Nato-Land, wenn nicht als einziges.“⁵ An anderer Stelle schreibt Augstein, „daß der Nachrüstungsbeschluß nicht in erster Linie dazu dient, eine regional vorhandene Lücke zu füllen. Vielmehr, er hat Geisel-Funktion, er soll das Kernstück der atlantischen Allianz, die Bundesrepublik, bei der Stange halten“.⁶

Es bedurfte nicht erst der Äußerung R. Reagans über die Denkbarkeit eines begrenzten Atomkrieges in Europa, um zu erkennen, daß sich die USA sicherheitspolitisch längst von den Westeuropäern abgekoppelt haben. Dies war schon in der NATO-Strategie der „flexible response“ (flexible Vergeltung) angelegt, die ja zum Ziel hatte, einen atomaren Schlagabtausch, bei dem auch das Territorium der USA in Mitleidenschaft gezogen wird, bis zuletzt durch eine „abgestufte“ atomare Kriegsführung in Mitteleuropa hinauszuzögern. Und dies ist jetzt in der Pentagon-Doktrin vom „begrenzten Atomkrieg“ ganz offensichtlich geworden. Die Stationierung von neuartigen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa und speziell in der Bundesrepublik, ist das entscheidende Mittel zur Verwirklichung dieser gefährlichen Option. „Es waren und sind die Amerikaner“, so

nochmals R. Augstein, „die öffentlich darüber diskutieren und darauf hinzielen, daß ihr Risiko entscheidend geringer sein soll als das der Bundesrepublik. Sie haben die Solidarität zu ihrem wichtigsten Verbündeten angenagt, und tun es noch, nicht wir. Sie betreiben, wenn man sich dieser albernen Begriffe denn partout bedienen will: 'Finnlandisierung', 'Hollandisierung', 'Osloisierung'.“⁷

Auf einem zweiten Feld gibt es divergierende, zumindest aber unterschiedlich gewichtete Interessenlagen zwischen den USA und der BRD/Westeuropa, die ganz offenkundig sind, nämlich auf dem Feld der **Entspannungspolitik**. „Während Europa“, so heißt es in einer Studie für die NATO, „im großen und ganzen positive Erfahrungen mit der Entspannungspolitik machte und diese auch nach der sowjetischen Invasion (in Afghanistan) aufrechtzuerhalten suchte, machte sich in den USA seit Mitte der 70er Jahre eine zunehmende Gegnerschaft zur Entspannungspolitik bemerkbar, da in den USA Entspannung nicht solch konkrete Ergebnisse wie in Europa zeitigte.“⁸

Entspannung – größere Spielräume für Bonn

Keine geringen Vorteile hatte dabei die BRD z.B. an der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem sozialistischen Lager. Ihr Osthandel erlangte Ende der 70er Jahre den achtfachen Umfang des Osthandels der USA. Der bundesdeutsche Handelsumsatz mit der Sowjetunion stieg zwischen 1971 und 1979 um 680%; etwa 350.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik werden durch die Aufträge aus Osteuropa gesichert. Und mit dem jetzt kurz vor dem Breshnew-Besuch vom 21./22. November 1981 perfekt gewordenen **Erdgas-Röhren-Geschäft** könnte sich das Handelsvolumen mit der UdSSR ab 1985 noch einmal verdoppeln.

Das ist so trotz des ungenügenden Eingehens der Bonner Seite auf die sowjetische Forderung nach Kompensationsgeschäften, weshalb sich besonders in der zweiten Hälfte der 70er Jahre der BRD-Osthandel verlangsamt hatte und sein Anteil am gesamten Welthandel der BRD sogar von 8,1% auf 6,8% zurückgegangen ist.⁹

Dennoch muß vermerkt werden, daß die hiesigen herrschenden Kreise den Washingtoner Forderungen in diesem Punkt nicht nachgegeben haben und in Bonn die These zurückgewiesen wird, aufgrund der künftigen Erdgaslieferungen (30% des bundesdeutschen Bedarfs) aus der UdSSR gerate



Sowjetische Arbeiter beim Bau einer Erdgasleitung nach Westeuropa

die BRD in eine nicht mehr zu vertretene Energie-Abhängigkeit. Vielmehr wird das Erdgasgeschäft als Beitrag zur Diversifikation und damit zur Lockerung der generellen Außenabhängigkeit der BRD auf dem Energiesektor betrachtet.

Außerdem ist es zumindest in der sozialliberalen Koalitionsregierung unumstritten, daß Handel und Wirtschaftsaustausch zwischen Ost und West auch eine friedenssichernde Funktion haben, da sie das gegenseitige Interesse an der Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen materiell zu fundieren geeignet sind.

Wichtiger als diese diversen wirtschaftlichen Vorteile, die sich für Bonn im Gefolge der Entspannungspolitik ergeben haben, scheint jedoch zu sein, daß sich durch diese Politik ganz allgemein der außenpolitische und außenwirtschaftliche **Handlungsspielraum** der westeuropäischen Staaten und speziell der **Bundesrepublik erhöht** hat. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß sich der Aufstieg der BRD zur zweitstärksten imperialistischen Macht^{9a}, die sich in wachsendem Maße als gleichberechtigter Partner der westlichen Führungsmacht USA begreift (wenngleich vom politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtpotential her natürlich immer noch gewaltige Unterschiede bestehen), gerade in der Phase der Entspannungspolitik der 70er Jahre vollzogen hat.

Umso unverständlicher scheint deshalb die Willfährigkeit, mit der die Bundesregierung in den entscheidenden Grundsatzzfragen heute die Position der USA mit- und nachvoll-

zieht. Die Frage stellt sich mithin, wieso sich die sozialliberalen Parteiführungen (und natürlich noch entschiedener die CDU/CSU) dem Konfrontationskurs der Reagan-Administration – in dessen Gefolge die auch und gerade für Bonn vorteilhaften Ergebnisse des Entspannungsprozesses, von Bundeskanzler H. Schmidt einmal als die „Selbstbefreiung“ der bundesdeutschen Außenpolitik bezeichnet, ganz offenkundig wieder revidiert werden sollen – nicht entschieden entgegenstellen.

Elemente der BRD-Unterordnung...

Die Frage stellt sich ferner, wieso Schmidt/Genscher, die darüber in Wettstreit getreten sind, wer von beiden denn nun der Erfinder der „Nachrüstung“ und der Entdecker der sog. Raketen„lücke“ gewesen ist, mit aller Kraft um die Durchsetzung der Raketenstationierung in der Bundesrepublik ringen, wo sie doch wissen müßten, daß mit genau dieser Politik die Existenz der Bundesrepublik und damit auch der führenden Kreise in Wirtschaft und Gesellschaft, deren Interessen sie vertreten, aufs Spiel gesetzt wird. Ist die zitierte „Schicksalsgemeinschaft“ zwischen Bonn und Washington so zu verstehen, daß das Bonner Schicksal darin liegt, mit Ronald Reagan in den Abgrund zu marschieren?

Um auf diese Frage eine Erklärung zu bekommen, wären Verweise auf nach wie vor gegebene Momente der Abhängigkeit im Verhältnis der BRD zu den USA oder auch der



V. l. n. r.: Demonstranten am 10. 10. 1981 in Bonn; Ersts Schlagwaffen Pershing II und Cruise-Missile (Montage beim Boeing-Konzern); Raketenplaner H. Schmidt und R. Reagan

Verweis auf die „Junior“-Partnerrolle der BRD, der sie im übrigen längst entwachsen ist ganz und gar unzureichend.

Es gilt vielmehr zu berücksichtigen, daß der BRD-Imperialismus seinen Wiederaufstieg zur „Großmacht im zweiten Glied“ (R. Kühnl)¹⁰ oder zur „Mittelmacht“, wie die Bonner Selbsteinschätzung ist, in den 60er und 70er Jahren nur über eine weitgehende Einordnung in die US-Globalstrategie erreichen konnte.

Dies ist der eigentliche Grund dafür, daß die etablierten Bonner Parteien auch heute noch nicht an dem Dogma der unbedingt anzustrebenden Gemeinsamkeit mit den USA rütteln lassen. Es geht also vorrangig darum, daß die Bundesrepublik auch heute noch die Politik der USA als Mittel zur Durchsetzung eigener Zielsetzungen betrachtet. Ein Einschwenken auf den US-Konfrontationskurs von seiten der BRD trägt so gesehen sowohl Züge der Unterordnung als auch der eigenständigen Expansionsinteressen der herrschenden Klasse der BRD.

In diesem Zusammenhang ist sogar eine Annäherung bzw. Angleichung der Konzeptionen in der Systemauseinandersetzung zu konstatieren. Denkt man an die maßgebliche Initiative der BRD und speziell Helmut Schmidts beim Zustandekommen des NATO-Raketenbeschlusses, so wird klar, daß von westdeutscher Seite nicht wenige eigenständige Beiträge zu dieser von gemeinsamen und übergeordneten Interessen aus geführten Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager ausgehen.

Im Zusammenhang mit der Raketendiskussion und der diesbezüglichen Interessenlage von Teilen der herrschenden Klasse der BRD gebührt auch den Überlegungen des italienischen Generals und ehemaligen stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Nino Pasti Aufmerksamkeit: „Die vorwiegend in Deutschland stationierten amerikanischen Kernwaffen hatten also eine Doppelaufgabe zu erfüllen, nämlich die Bedeutung der autonomen nuklearen Streitkräfte Frankreichs zu verkleinern und Deutschland den Status einer 'quasi-nuklearen' Macht zu verleihen, da es auf seinem Territorium eine enorme Menge von Kernwaffen hatte und hat. Zwar stehen sie noch unter amerikanischer Kontrolle, aber diese Kontrolle könnte leicht abgetreten werden, wenn man es für zweckmäßig hält.“¹¹

Die Differenzen, die in der letzten Zeit bei der Herausbildung dieser neuen Konfrontationspolitik zwischen Bonn und Washington aufgetreten sind, reduzieren sich vor diesem Hintergrund auf Differenzen **erstens** um die Frage, welche Konzeptionen und Strategien in der Systemauseinandersetzung zur Anwendung kommen sollen. Dabei spielt auch die Frage nach der richtigen „Mischung“ von konfrontativen und kooperativen Elementen in der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager und den nationalen Befreiungsbewegungen eine Rolle.

Letzteres ist für die BRD und andere westeuropäische Regierungen vor allem deshalb so wichtig, weil sie **zweitens** sehr wohl registrieren, daß sich der Reagankurs nicht zuletzt deshalb so auf den Vorrang militärischer Mittel in der Systemauseinandersetzung fixiert, weil der US-Imperialismus auf diesem Gebiet am deutlichsten noch seine Überlegenheit auch im Vergleich zu den imperialistischen Rivalen erhalten konnte. Sie sehen, daß Washington auf diese Weise u.a. hofft, seine eindeutige Hegemonieposition im imperialistischen Lager zurückzuerobern. Dies kann natürlich, weil notwendigerweise auf ihre Kosten gehend, nicht im Interesse der BRD liegen.

...und Eigenständigkeit gegenüber Washington

Der BRD-Imperialismus verfolgt somit in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innerhalb des westlichen Lagers ein doppeltes Ziel: einmal will er sicherstellen, daß „die Bündnissolidarität“ keinen Schaden leidet, weil er sich darüber im klaren ist, daß er seine spezifischen Expansionsinteressen (z.B. auch seine nach wie vor vorhandenen Ambitionen gegenüber der DDR, die in Formeln wie vom „Offenhalten der deutschen Frage“ zum Ausdruck kommen) nur in diesem und vermittels dieses Bündnisses durchsetzen kann; zweitens soll diese Harmonisierung des Bündnisses auf eine Weise erfolgen, bei der die erreichte internationale Position der BRD unangetastet bleibt und möglichst noch ausgeweitet wird.

Während sich die USA unter R. Reagan anschicken, ihre ausgehöhlte Hegemonierolle im westlichen Lager zu restaurieren, gilt es in Bonn und anderen westeuropäischen Hauptstädten bereits als ausgemacht, daß die USA künftig den Westeuropäern ein **gleichberechtigtes Mitspracherecht** bei weltpolitischen Entscheidungen einräumen müssen.

Zu diesem Zweck wird von dieser Seite immer wieder das **Konzept der „Arbeitsteilung“** und die Forderung nach der Errichtung neuer Koordinations- und Konsultationsmechanismen zur Sprache gebracht.¹² Hierdurch soll gewährleistet werden, daß die der westeuropäischen Interessenlage entsprechenden Vorstellungen einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auf wirtschaftliche Aspekte zum Tragen kommen, wobei aber auch an eine stärkere Beteiligung Westeuropas an **Krisenlösungsstrategien in der Dritten Welt** gedacht ist.

Folgende Bemerkungen des NATO-Beraters W. Woyke sind



in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich: „Gerade in diesem Bereich (gemeint ist der Bereich der außenwirtschaftlichen „Sicherheitspolitik“ gegenüber der Dritten Welt, wo zahlreiche unterschiedliche Wirtschaftsinteressen zwischen den USA und Westeuropa vorliegen; d. Verf.) kann das Konzept der Arbeitsteilung innerhalb der Atlantischen Allianz vorgenommen werden. Angesichts größerer Abhängigkeitsstrukturen der Westeuropäer muß auch eine andere Vorgehensweise erfolgen. Bereits Mitte der 70er Jahre wurde das Konzept der Arbeitsteilung vorgenommen, als EG-Europa mit seiner finanziellen Unterstützung für Portugal und Spanien und den beschleunigten Beitrittsverhandlungen mit Griechenland praktisch eine Komplementärfunktion für die NATO erfüllte und zur Stabilisierung der durch innergesellschaftliche Probleme hochgradig gefährdeten Südflanke der NATO massive Unterstützung zukommen ließ. Solch ein Konzept der Arbeitsteilung muß in den 80er Jahren stärker praktiziert werden.“

Konfrontationszeichen gegen die Dritte Welt

Einmal müssen aufgrund ihrer gewachsenen Volkswirtschaften die Europäer einen stärkeren Anteil an den Verteidigungsanstrengungen des gesamten Westens tragen und für die USA Reserven schaffen, die zum Beispiel am Persisch-Arabischen Golf bedeutsam sein könnten. Zweitens kann die zunehmende Bedeutung der EG als weltpolitischer Faktor gerade im Versuch einer Lösung der Nah-Ost-Krise und der Konflikte im Golf genutzt werden. Schließlich können die EG-Länder in der Dritten-Welt-Politik aufgrund historischer Bindungen eine von den USA unterschiedliche Politik betreiben, ohne daß der Gesamtstrategie geschadet wird.“¹³ Auch in der Frage der Schnellen Eingreiftruppe der USA solle Westeuropa einen spezifischen Beitrag anbieten, damit die spezifisch westeuropäischen Interessen mit von der Partie bleiben. „Aus europäischer Sicht ist es notwendig“, heißt es in einem im Februar 1981 vorgelegten Gutachten der vier außenpolitischen Institute der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und der USA (dessen Positionen sozusagen einen offiziellen Kompromiß zwischen den USA und Westeuropa darstellen), „durch ein direktes Engagement (in einer Eingreiftruppe für den Nahen und Mittleren Osten; d. Verf.) zu gewährleisten, daß solche Vorkehrungen auf geteilte Verantwortung und wirklich kollektive Entscheidungsprozesse gegründet werden.“¹⁴

Nach diesen Vorstellungen soll zwar die Hauptlast für die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe auf die USA entfallen, die Westeuropäer jedoch mit einem „gewissen persönlichen und materiellen Beitrag“ vertreten sein (vor allem durch Großbritannien und Frankreich) und logistische Unterstützung bereitstellen (die BRD tut dies bereits). Ferner solle man sich um die Verstärkung westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung der eigenen (europäischen) Militäranstrengungen in Europa (auch hier ist wiederum der spezielle Beitrag der BRD wichtig) die Möglichkeit schaffen, daß US-amerikanische „Ressourcen“ für den Nahen und Mittleren Osten freigesetzt werden.

Was die seit langem immer wieder diskutierte Ausweitung des NATO-Vertragsgebiets in die südliche Halbkugel betrifft, so solle das westliche Bündnis „das Verfahren gemeinsamer Bewertung und Konsultation auf solche Vorgänge in der dritten Welt erweitern, die unmittelbar Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedsstaaten berühren“.

Betrachtet man die seit Veröffentlichung dieses offiziellen Gutachtens verstrichene Zeit, so wird man feststellen, daß eine ganze Reihe der darin genannten Punkte bereits verwirklicht sind, während andere von den USA im Alleingang durchgeführt wurden.

Auch in der Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik, die bislang noch sehr stark von integrationistischen Vorstellungen getragen war, machen sich Tendenzen bemerkbar, die in das Klima der von den USA angefachten globalen Konfrontation hineinpassen.

Mit seinen Milliardenbeträgen für die reaktionäre Militärdiktatur in der Türkei und seinen Schwerpunkthilfen für Ägypten sowie für Pakistan hat Bonn gezeigt, daß es bereit ist, seine finanzielle Unterstützung für die Dritte Welt wieder stärker nach strategischen Gesichtspunkten im imperialistischen Gesamtinteresse einzusetzen. Auch die Hilfe für Nicaragua soll nach den Vorstellungen von Minister Rainer Offergeld gestrichen werden, falls sich die sandinistische Revolution zu weit nach links entwickelt.¹⁵ Nach El Salvador sollen nach den Vorstellungen von Außenminister H.D. Genscher wieder Hilfsgelder fließen und ein bundesdeutscher Botschafter entsandt werden (obwohl dies innerhalb der Regierung nicht unumstritten ist). Mit der bevorstehenden Liberalisierung der Waffenexporte will sich die BRD noch stärker als bisher in die Militarisierung der Dritten Welt einschalten.

Und mit der bislang vorgesehenen überproportionalen Steigerung des Entwicklungshilfeetats ist es auch vorbei, wenn man registriert, daß bereits für 1981 zwar nicht die absolute Höhe der Ausgaben, wohl aber die Verpflichtungsermächtigungen, die für die zukünftige Höhe des Etats weichenstellend wirken, kräftig gekürzt wurden. Mit den Interessen der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik hat alles dies freilich wenig zu tun, wohl aber mit den Expansionsbestrebungen des westdeutschen Großkapitals, dessen Rolle auch in der gegenwärtigen konfrontativen Weltlage bewahrt und befördert werden soll.

Anmerkungen:

- 1) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, in: NATO-Brief, Nr. 5/1981, S.17
- 2) M. Görtemaker, Tendenzwende in der deutschen Außenpolitik? Bonn hat keine Alternativen, in: Die Zeit, 4.12.1981
- 3) Vgl. K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des „alten“ und „neuen“ deutschen Imperialismus, Köln 1980, S.92
- 4) Nach: G. Kade, Wer bedroht uns?, Köln 1981, S.12 und W. Perdelwitz/H. Bremer, Geisel Europa, Westberlin 1981, S. 138/139
- 5) W. Bittorf (Hg.), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek bei Hamburg 1981, S.115
- 6) Ebenda, S.96
- 7) Ebenda, S.115
- 8) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, a.a.O., S.17
- 9) Siehe u.a.: Die Neue, 28.11.1981
- 9a) Vgl. dazu: K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht, a.a.O.
- 10) R. Kühnl, Die Welt zu Beginn der 80er Jahre, Heilbronn 1981, S.38
- 11) N. Pasti, Dichtung und Wahrheit in amerikanischen Rüstungsvergleichen, in: G. Kade, a.a.O., S.136
- 12) So z.B. auch ein „Die Sicherheit des Westens – Neue Dimensionen und neue Aufgaben“ betiteltes Gutachten, das die vier außenpolitischen Institute Council of Foreign Relations (New York), das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (Bonn), das Institut Français des Relations Internationales (Paris) und das Royal Institute of International Affairs (London) am 25.2.1981 der Öffentlichkeit vorstellten. Es handelt sich um Institute, die im Regierungsauftrag Politikberatung machen und in deren Aufsichtsgremien jeweils Schlüsselfiguren aus dem politischen und wirtschaftlichen Establishment der jeweiligen Staaten sitzen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die am 26.2.1981 Auszüge aus diesem Gutachten veröffentlichte, kommentierte dies mit den Worten: „Man darf annehmen, daß das, was die Direktoren der vier Institute ... formuliert haben, nicht abseits von Erwägungen ist, die andernorts angestellt werden.“
- 13) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, a.a.O., S.19
- 14) Nach: FAZ, 26.2.1981
- 15) Vgl. Frankfurter Rundschau, 25.11.1981; Die Neue, 21.11.1981

AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens-, Solidaritätsbündnissen und Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?

Der beeindruckende Stärkezuwachs und die Breite der bundesdeutschen Friedensbewegung manifestierten sich mit der Friedensdemonstration der 300.000 vom 10. Oktober 1981 in Bonn. An ihr beteiligten sich auch die verschiedensten Gruppierungen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung, so zum Südlichen Afrika, zu El Salvador/Mittelamerika usw., sichtbar an ihren spezifischen Transparenten und eigenen Informationsständen. Auch die prominentesten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützten die Bonner Demonstration. Sie erarbeiteten eine gemeinsame Stellungnahme, die Tony Sedat, der Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), ursprünglich auf der Abschlußkundgebung vortragen sollte. Wegen Einwänden der Veranstalter gegen die Erwähnung der Palästinafrage bzw. der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kam es nicht zum Verlesen dieser gemeinsamen Erklärung der 6 Befreiungsbewegungen.

Unseres Erachtens geht es darum, die Sichtweise beider Seiten zur Kenntnis zu bringen, sind sie doch beide von der gegenwärtigen globalen Konfrontation hautnah betroffen und um das Herausfiltern ihrer realen Interessengemeinsamkeiten bemüht. Eben dies, die Versachlichung und Förderung des Dialogs zwischen bundesdeutscher Friedensbewegung einerseits, Befreiungsbewegungen und Solidaritätsbewegung andererseits, ist auch das Anliegen unserer AIB-Umfrage „Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?“. An Vertreter repräsentativer Friedens- und Solidaritätsbündnisse richteten wir daher dieselben drei Fragen wie an die Bonner Repräsentanten der Befreiungsbewegungen ANC, Tony Sedat, und der salvadorianischen Revolutionär-Demokratischen Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FDR/FMLN). Geantwortet haben ferner Peter Wahl, Sekretariatsmitglied des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB). Schließlich bezogen drei der repräsentativsten Friedensbündnisse Position: für die Veranstalter der Bonner Demonstration die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF; Mitglieder sind u.a. die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Christlicher Friedensdienst, Weltfriedensdienst) deren Geschäftsführer Ulrich Frey; aus dem Kreis der Initiatoren des Krefelder Appells Christoph Strässer (ehemals Vorsitzender der Jungdemokraten); und Achim Maske für das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Europa (KOFAZ).

AIB-FRAGE 1:

Sehen Sie bedeutsame Interessengemeinsamkeiten zwischen der Friedensbewegung Westeuropas bzw. der USA einerseits, und den Völkern und Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt (Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) andererseits? Wie ordnen Sie in dies Verhältnis von Friedens- und Befreiungskampf den NATO-Atomraketenbeschluß vom 12.12.1979 und die Reagan-Direktive zur Produktion von Neutronenwaffen ein?

ULRICH FREY (AGDF): Es gibt bedeutsame Interessengemeinsamkeiten zwischen der Friedensbewegung in Westeuropa und in den USA einerseits und den Völkern und den Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt andererseits. Die Gemeinsamkeiten liegen darin, das gemeinsame Überleben aller Völker auf dieser kleinen Erde in Frieden und Freiheit sichern zu helfen.

Gefährdet ist dieses Überleben durch zunehmende Waffenexporte aus den Industriestaaten, also aus Nordamerika und Europa, in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dadurch gehen den sog. „Entwicklungsländern“ die Ressourcen verloren, die sie zum Aufbau ihrer Wirtschaft benötigen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Entwicklungshilfegelder z.B. aus den westlichen Industriestaaten nicht im entferntesten die Verluste aus den Rüstungsexporten ausgleichen.

Ein weiteres gemeinsames Interesse ist, die militärische „Friedenssicherung“ durch eine politische Friedenssicherung zu ersetzen, um die Gefahr einer militärischen Konfrontation zu verringern, die z.B. infolge von Streitigkeiten im Nahen Osten ausbrechen könnte und die dortigen Länder einbeziehen würde.

In diesem Zusammenhang sind der NATO-Beschluß vom 12.12.1979 und die Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen schädlich, weil sie nicht geeignet sind, das Niveau der militärischen Gewaltandrohung in der Welt zu senken. Die Länder der „Dritten Welt“ werden durch das Beispiel der Industrieländer in Ost und West immer mehr gezwungen, die eigenen militärischen Kapazitäten zu erweitern.

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Die Aufrüstungspolitik insbesondere der USA trifft den Lebensnerv Europas wie auch der Befreiungsbewegungen, die gegen Unterdrückung und Verweigerung der elementarsten Menschenrechte kämpfen. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Verbindung der Friedensbewegung mit den Kräften, die um ihre Freiheit kämpfen.

Hierfür nur 2 Argumente:

Zum einen weiß jeder, daß mit den Milliarden, die für die Produktion der neuen Waffen ausgegeben wurden und werden, die ehemaligen und jetzigen Kolonialmächte ihre grundlegendsten Verpflichtungen gegenüber der „Dritten Welt“ erfüllen könnten. Zweitens ist festzustellen, daß der NATO-Beschluß als auch die Entscheidung zum Bau der Neutronenbombe keine isolierten Schritte, sondern im Rahmen einer globalen amerikanischen Strategie zur Wiederherstellung der Weltmacht Nr. 1 anzusiedeln sind. Dies belegen die Aufstellung der „Rapid Deployment Force“ (Schnellen Eingreiftruppe der USA; d. Red.) und noch deutlicher die Bedrohung Kubas, die unverhohlene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nikaraguas und die offene – auch mit neuen Waffenlieferungen versehene – Unterstützung mittelamerikanischer Diktaturen, am eklatantesten sichtbar in El Salvador.



Bonn, 10. 10. 1981: Größte Demonstration in der BRD-Geschichte

ACHIM MASKE (KOFAZ): Es geht, glaube ich, um das gleiche Ziel: eine Welt ohne Krieg in der auch die Kriegsursachen beseitigt sind, in der die Völker gleichberechtigt zusammenleben und zusammenarbeiten und ihre inneren Probleme selbst lösen; demokratisch, im Interesse der Völker, ohne Unterdrückung. Doch bis dahin ist ein langer Weg. Heute verhungern Millionen in den Entwicklungsländern. Dortige Diktaturen werden unterstützt, um fremde Rohstoffvorkommen auszubeuten oder soziale Verhältnisse zu konservieren, die ein besonders profitables Operieren westlicher, vor allem multinationaler Großkonzerne in diesen Ländern erlauben. Solange dies so bleibt, bleibt der Frieden gefährdet.

Durch den NATO-Raketenbeschluß, d.h. die Absicht ab 1983 zielgenaue „Erstschlagswaffen“ unmittelbar vor der Haustür der UdSSR zu stationieren, entsteht eine äußerst gefährliche Situation. Die US-Regierung hat praktisch die ganze Welt zu ihrem Interessengebiet erklärt und scheint bereit zu sein, in regionale Konflikte auch militärisch einzugreifen. Ein Krieg im Nahen Osten, den die USA mit ihrer mobilen Eingreiftruppe führen, würde außerordentlich leicht zu einem Atomkrieg eskalieren können. Die UdSSR und einige Staaten der Region haben gegenseitige vertragliche Verpflichtungen und bei 5 Minuten Flugzeit der Pershing II Raketen vom Niederrhein, der Pfalz oder Bayern aus nach Moskau ist es unmöglich, militärische Aktionen und Reaktionen abzuwägen und darüber zu verhandeln. Selbst wenn niemand den Atomkrieg wollte, könnte er leicht durch Mißverständnisse oder Fehlreaktionen beginnen. Eine Politik der militärischen Intervention und Konfrontation fordert dies heraus.

In diesem Zusammenhang steht auch die Produktion der Neutronenwaffen. Diese Waffen sollen den atomaren Blitzkrieg führbar machen. Truppen des Gegners sollen in Gebieten vernichtet werden, die für eigene Verbände passierbar bleiben sollen. Dies sind keine Waffen zur „Abschreckung“ mehr. Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß sie in Ländern der „Dritten Welt“ eingesetzt werden könnten.

PETER WAHL (ASK): Die Völker der Welt sind heute älsam betroffen von dem globalen Konfrontationskurs der herrschenden Kreise der USA. Die von der Reagan-Administration ausgehende Atomkriegsgefahr rührt an die Lebensinteressen der Völker Europas, der USA und der Dritten Welt insofern gemeinsam, als sie bei einem atomaren Schlagabtausch zwischen NATO und Warschauer Pakt alle von Vernichtung bedroht wären. Während für die „Geisel Westeuropa“ der NATO-Beschluß zur Stationierung eines Systems neuer atomarer US-Mittelstreckenraketen die unmittelbare Existenzbedrohung ausmacht, sehen sich die progressiven Regimes und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt dem Militärinterventionismus Washingtons gegenüber. Die US-„Kriegsspiele“ gegen El Salvador, Nikaragua, Kuba oder Libyen, die Aufstellung einer US-Eingreiftruppe u.a.m. demonstrieren bereits, daß die Regierung Reagan es mit ihrer Androhung militärischer Gewalt gegen den Befreiungskampf der Völker Ernst meint.

Das Nein zur US-Produktion von Neutronenwaffen ist der westeuropäischen Friedensbewegung mit den Befreiungsbewegungen bzw. der Dritten Welt gemeinsam. Als mobile Angriffswaffe, die Menschen „versaftet“ und Anlagen unversehrt läßt, ist sie nicht nur für den Einsatz in Europa, sondern auch zur imperialistischen Eroberung fremder Rohstoffquellen oder zur Anti-Guerillakriegführung geeignet. Eine perverse Bedrohung für beide Seiten also.

Das von der Reagan-Administration forcierte Wettrüsten bringt noch eine weitere schwere Bürde für die Völker der Dritten Welt wie die Westeuropas bzw. der USA mit sich: Dringend benötigte Mittel zur

Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut werden in die Hochrüstung verpulvert, münden in den kapitalistischen Hauptländern in einen drastischen Sozialabbau.

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Der Weltfrieden ist nicht nur eine Sache des „europäischen“ Ost-West-Konflikts. Er ist nicht nur bedroht, wenn in Westeuropa neue US-Raketen installiert werden – sondern auch durch die Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit durch das weiße Rassistenregime in Südafrika und dessen militärische Angriffe auf die Nachbarländer. Als eines der in Afrika am stärksten gerüsteten Länder (der Militärhaushalt Südafrikas für 1981/82 wird um mehr als 30% gesteigert) führt Südafrika eine Politik der militärischen Stärke und der verbrannten Erde durch, die in einen 3. Weltkrieg münden kann.

Im Januar 1976 ermächtigte sich das weiße Regime in Südafrika im „Defence and Amendment Act“, in jedes Land südlich des Äquators einzudringen, welches es als Bedrohung seines Apartheid-Systems betrachtet. Dazu will Pretoria auch Atomwaffen einsetzen.

Ohne die Unterstützung westlicher Staaten könnte das rassistische Minderheitsregime in Südafrika nicht überleben. Zu seinen stärksten Stützen gehört die Bundesrepublik Deutschland.

Seit Beginn der 80er Jahre setzt insbesondere die US-Regierung auf eine Politik der Stärke; auch die Mehrheit der anderen NATO-Staaten folgt tendenziell diesem Weg unter Aufgabe der begonnenen Entspannungsbemühungen.

Die Entscheidung Reagans zum Bau der Neutronenbombe vom 6. August 1981, dem Jahrestag des Abwurfs der Atombombe der USA über Hiroshima im Jahre 1945, betrifft auch direkt die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika, denn in den Augen z.B. der Apartheidverfechter kann es nichts Idealeres geben als diese mobile Angriffswaffe, die Menschen, „Terroristen“, vernichtet, ohne dabei profitierenden Sachschaden anzurichten.

TONY SEDAT (ANC Südafrikas): Den massiven Demonstrationen von Europäern gegen die Stationierung nuklearer Waffen in ihren Ländern, gegen die Produktion der Neutronenbomben und gegen den Wahnsinn der Waffenproduktion sowie den Demonstrationen gegen steigende Arbeitslosigkeit in Europa und den Vereinigten Staaten nach zu urteilen, liegt es auf der Hand, daß die Menschen an der Basis eine Fortsetzung dieses Kurses gegen ihren Willen nicht mehr hinnehmen wollen. Die unterschiedslose, zumal politisch motivierte Belieferung solcher Länder wie Südafrika mit technologischem Know-how und Materialien erfordert, daß die Befreiungsbewegungen, ob nun in Asien, Lateinamerika oder Afrika, Teil der weltweiten Friedensbewegung werden.

Dem hinzuzufügen sind die direkte Intervention und Einmischung der USA im Nahen und Mittleren Osten – die zunehmenden Waffenlieferungen an Marokko, die militärischen Übungen, die Aufstellung einer Eingreiftruppe –, die direkte Intervention in El Salvador, die Ermütigung und Unterstützung der südafrikanischen Intervention in Angola vom illegal besetzten Namibia aus sowie die Ermunterung für Südafrikas Destabilisierungspolitik im Südlichen Afrika und darüber hinaus auf den Seychellen. Dies sind nicht nur für die Länder der Dritten Welt Gründe, sich in die Friedensbewegung einzureihen, sondern auch für die Befreiungsbewegungen selbst Gebot, sowohl ihre Kontakte als auch ihre Rolle in dieser Angelegenheit von Leben und Tod zu verstärken.

Es wäre unsererseits ein Fehler anzunehmen, ein zukünftiger Krieg bliebe auf Europa begrenzt. Südafrika, dieses rassistische und faschistische Regime, wird alles in seiner Macht stehende unternehmen, die Interessen seiner Minderheit und die seiner imperialistischen Helfer zu wahren. Dank der Hilfe des Westens haben sie nukleare Waffen produziert oder das Potential dazu. Sie sinnen über die Neutronenbombe nach. Diese Waffe ist nicht nur zum Gebrauch in Europa geeignet, sondern auch im besonderen zweckmäßig zur Anwendung gegen Befreiungsbewegungen und gegen von deren Truppen besetzte Gebiete. Sie könnte gegen die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und den ANC sowie in der Tat gegen die benachbarten sog. Frontstaaten zum Einsatz kommen. Sie könnte gegen die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas benutzt werden.

FDR/FMLN (El Salvador): Der Frieden in Mittelamerika, auf dem Kontinent und in der Welt wird von der aggressiven und unnachgiebigen Politik der Reagan-Administration gefährdet. Ihr Verhalten hat die Möglichkeit eines Krieges in der Region beschleunigt und macht eine internationale militärische Konfrontation absehbar.

Die Aggressionsdrohungen gegen El Salvador, Nikaragua und Kuba, die der Außenminister der Vereinigten Staaten, Alexander Haig, ausgesprochen hat, sind aktueller Beweis dieser wahnsinnigen und fanatischen Politik, die auf diesem Weg den Sieg des salvadorianischen Volkes über seine Unterdrücker verhindern will und die Rettung einer blutigen Diktatur vor hat, die nikaraguanische Revolution zu destabilisieren sowie den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt Kubas zu zerstören versucht.



AIB-FRAGE 2:

Die Durchsetzung welcher Ziele im Kampf gegen den Reagankurs halten Sie für vordringlich? Welche Kooperationsmöglichkeiten sehen Sie dabei für die westeuropäische Friedensbewegung und die Befreiungsbewegungen bzw. Länder der Dritten Welt?

ULRICH FREY (AGDF): Auf unserer Seite halten wir es gegenwärtig für vordringlich, gegen die Liberalisierung von Rüstungsexporten und gegen den Mißbrauch von Ressourcen aus der Dritten Welt für Rüstungszwecke hier bei uns zu kämpfen.

Wir sollten im gemeinsamen Interesse mit den Befreiungsbewegungen dazu beitragen, die Ursachen von militärischen Auseinandersetzungen in der „Dritten Welt“ und die Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen und ihren Gegnern abzubauen zu helfen. Wir sollten uns bemühen, für die legitimen Anliegen der Befreiungsbewegungen und der zugrundeliegenden Probleme bei uns Verständnis zu wecken. Das tun wir bereits seit einigen Jahren mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gewaltfreien Handelns (Unterstützung der betroffenen Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen vor Ort, durch Kontakte zu diesen Gruppen über Freiwillige unserer Organisationen, durch Geldsammlungen und durch Öffentlichkeitsarbeit).



Ch. Strässer, Mitinitiator des Krefelder Appells; Symbol der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Für die Friedensbewegung die nach wie vor wichtigste Aufgabe ist die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa. Davon darf sie sich nicht ablenken lassen.

Darüber hinaus gilt es aufzuzeigen, daß die Politik der amerikanischen Administration lebensbedrohend wird, und zwar nicht für uns Europäer, sondern insbesondere auch für das Überleben derjenigen Kräfte in aller Welt, die sich aus dem Einflußbereich der USA lösen wollten und gelöst haben.

In dieser Frage der Eigenständigkeit, der Entwicklung freiheitlicher eigenständiger Strukturen sitzen wir alle in einem Boot. Die Waffen, die gebaut werden und vorhanden sind, dienen nämlich nicht zuletzt der Absicherung der amerikanischen Interessensphäre, und es scheint, als seien sie bereit, diese mit allen Kräften zu verteidigen, ja im Interesse der neue Rohstoffquellen, neue Absatzmärkte suchenden Wirtschaft noch auszudehnen.

Hier ist eine enge Kooperation der europäischen und amerikanischen Friedensbewegung mit Befreiungsbewegungen wichtiger denn je.

ACHIM MASKE (KOFAP): Die US-Regierung muß zum Verzicht auf solche Waffen gezwungen werden, die gemäß ihren technischen Eigenschaften zur Führung eines Atomkrieges geeignet sind, also solche „Erstschlagswaffen“ wie Pershing II, Cruise Missiles, MX und Trident II Raketen usw. Das Konzept des „begrenzten Atomkrieges“ muß weltweit verurteilt werden. Die USA müssen gezwungen werden, ihre Drohung mit militärischer Intervention durch die Mobile Eingreiftruppe und ihre anderen rund um den Globus operierenden Streitkräfte zu beenden im Interesse der Völker der „Dritten Welt“, aber auch im Interesse unseres Volkes oder der Bevölkerung der USA selbst. Denn Kriege in irgendeinem Teil der Welt können sehr leicht eskalieren. Deshalb ist Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und Ländern der „Dritten Welt“ keine „Mildtätigkeit“, sondern zugleich Verteidigung des eigenen Lebens. Zusammenarbeit, die diese Solidarität praktisch sichtbar macht, die unserer Bevölkerung z.B. deutlich macht, wie in El Salvador „die Freiheit“ verteidigt wird, stärkt unseren Friedenskampf und kann dem Volk von El Salvador helfen.

PETER WAHL (ASK): Die westeuropäische Friedensbewegung und die Völker der Dritten Welt haben ein elementares Interesse daran, daß die geplante Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und Ostasien (Japan, Südkorea) verhindert, die Neutronenwaffen geächtet und globale Abrüstungsschritte eingeleitet werden.

Sie müssen den Interventionsaktivitäten und -drohungen Washingtons und seiner Verbündeten weltweiten Widerstand entgegensetzen, sei es in El Salvador, dem Südlichen Afrika oder dem Nahen und Mittleren Osten. Vordringlich erscheint uns im Augenblick die Schaffung einer antiinterventionistischen Front zu Mittelamerika/Karibik, um die von der US-Regierung offen verkündeten Kriegspläne gegen die Völker El Salvadors, Nikaraguas und Kubas zu durchkreuzen.

Eng kooperieren können Friedens- und Befreiungsbewegung ferner im Ringen um die Kürzung der Rüstungsetats zugunsten sozialer Aufwendungen für die Hungernden und Unterprivilegierten. Kooperieren müssen beide Seiten im Kampf gegen die Ausweitung der Waffenexporte in die Dritte Welt, besonders in Spannungszentren (Mittlerer Osten!) oder an volksfeindliche Diktaturregimes. Allerdings: Die unterdrückten Völker haben das unveräußerliche Recht, sich mit allen Mitteln einschließlich des bewaffneten Kampfes gegen die Kriegsmaschinerien ihrer Unterdrücker zu verteidigen, sei es in Südafrika, El Salvador, Palästina oder der Westsahara.

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Bezüglich Südafrika bedeutet die neue Politik der US-Regierung eine offene Parteinahme für die südafrikanischen Rassisten. Der Kampf gegen die Interessensvertreter in den USA, der Bundesrepublik u.a. westlichen Staaten, die Rassismus und Ausbeutung im Südlichen Afrika unterstützen, bedeutet gleichzeitig Kampf gegen die Kräfte, die einen atomaren Krieg in Europa „führbar“ machen wollen. Die Erfolge der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika engen bzw. engen den Einfluß der friedensbedrohenden Kräfte ein.

TONY SEDAT (ANC Südafrika): Wir betrachten die in der Friedensbewegung aktiven Menschen ebenso wie die Friedensbewegung als unsere natürlichen Verbündeten. So wie sie von ihnen auf die Gefahren, welche der Rüstungswettlauf in Europa geschaffen hat, aufmerksam gemacht wurde, ist es unsere Pflicht und die der Friedensbewegung zu erkennen, daß der nukleare Holocaust nicht notwendigerweise in Europa beginnen muß. Ein Atomkrieg kann im Südlichen Afrika, im Mittleren Osten und in jeder anderen sog. Spannungszone in der Welt ausgelöst werden. Darum ist es – neben dem Kampf gegen die Friedensbedrohung in Europa – geboten, zum Ziele der Ausrottung von Spannungen, wo in der Welt sie auch bestehen mögen, beizutragen und dafür zu kämpfen.

Seit Reagan und seinen Weinbergers, Stockmans, Haigs usw. wurden die oben erwähnten Spannungen systematisch und vorsätzlich verschärft. Jedem rechtsgerichteten oder faschistischen Regime in der Welt wurde bedeutet, sich nicht um Menschenrechte zu sorgen. Überall in der Welt haben sie „die Hand von Kuba, Libyen oder der Sowjetunion usw. entdeckt, und unter diesem Vorwand bewaffnen sie alle reaktionären Regimes der Welt. Andererseits haben auch diese ihre unheilvollen Aktivitäten verstärkt, und sind sowohl direkt als auch indirekt in Angriffe gegen progressive Staaten überall auf der Welt verwickelt.

Im Südlichen Afrika sind die Vereinigten Staaten direkt in die Entwicklung südafrikanischer Atomwaffen verwickelt. Angesichts ihrer hochentwickelten Aufklärungstechniken wußten die USA sehr wohl von der Invasion des Botha-Regimes und seinen Angriffen gegen Angola. Sowohl der Westen als auch die USA sind sich der Ausbildung von bereits in Moçambique im Einsatz befindlichen Söldnern bewußt, und diese sind auf einen Einmarsch in Zimbabwe und andere benachbarte Länder vorbereitet.

Bisher tut man nichts, um das faschistische Regime davon abzuhalten. Stattdessen, und ohne Berücksichtigung der SWAPO von Namibia, bereiten sie aktiv einen „Ausverkauf“ zugunsten Südafrikas vor. Die südafrikanische Kriegsmaschinerie wird direkt und indirekt durch die USA und westeuropäische Staaten versorgt. Diese Länder ignorieren völlig den Ruf des südafrikanischen Volkes, Afrikas und des hervorragendsten Teils der Welt, Sanktionen gegen das Regime zu richten.

Es ist darum für die Friedensbewegung in Europa und in den USA, die gegen Sozialabbau und gegen die Verarmung der Menschen kämpfenden Bewegungen absolut notwendig, sich mit den Befreiungsbewegungen und allen progressiven Kräften und Staaten in der Dritten Welt zu vereinen und gemeinsam mit ihnen die zu bekämpfenden, die entschlossen sind, Europa zu einem Pulverfaß zu machen.

FDR/FMLN (El Salvador): Wir sind überzeugt, daß wir die Intervention der USA und anderer Länder aufhalten können, wenn wir einem Dialog Raum geben und damit dem bewaffneten Konflikt ein Ende setzen und dazu beitragen, die Kriegsgefahr von der Region fernzuhalten.

Wir glauben, daß es keine Hürden, noch Ideologien oder politische Ansichten gibt, die uns daran hindern können eine politische Lösung des internen Konflikts im Land zu finden.

Am 7. Oktober schlugen wir vor den Vereinten Nationen durch die Vermittlung des Kommandanten Daniel Ortega, Koordinator der Nationalen Junta für den Wiederaufbau Nikaraguas, vor, Friedensgespräche mit der salvadorianischen Regierung ohne Vorbedingungen zu führen. Unser Vorschlag (siehe AIB 1/1982, S. 3ff.; d. Red.) wurde von der Militärjunta zurückgewiesen.

Wir sind der Überzeugung, daß sowohl der Frieden in der Region, wie der Weltfrieden durch eine Lösung des Konflikts in El Salvador gestärkt würde. Unsere Sache ist gerecht und ein stabiler Friede kann nur über die Beseitigung derjenigen Gründe erreicht werden, die das Volk von El Salvador zum Kampf gezwungen haben.

AIB-FRAGE 3:

Welche Erwartungen knüpfen Sie dabei an die Regierung in Bonn? Haben Sie bestimmte Kernforderungen formuliert, die sich an die Adresse der Bundesregierung Schmidt/Genscher richten?

ULRICH FREY (AGDF): Unsere Forderungen an die Bundesregierung sind in dem Aufruf zum 10. Oktober 1981 enthalten. Außerdem haben wir uns in Einzelfällen direkt an die Bundesregierung gewandt.

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Die Forderung des „Krefelder Appells“ an die Bundesregierung ist nach wie vor eindeutig und auf ein Ziel ausgerichtet: Die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II und Cruise Missiles zurückzuziehen.

Die Erwartungen, die wir hier an die in Bonn knüpfen, sind sehr gering. Deshalb auch haben wir den Weg der Bürgerinitiative, der Unterschriftensammlung gewählt.

Nicht die Regierung in Bonn, sondern der massenhafte Bevölkerungswiderstand werden die Realisierung dieser lebensbedrohenden neuen Gefährdung unserer Sicherheit, unserer Überlebenschancen politisch verhindern.

ACHIM MASKE (KOFAZ): Reagan hat mit seiner Konzeption einer angeblichen Nulllösung für die Genfer Verhandlungen wie schon mit seinem Beschluß zur Produktion der Neutronenbombe deutlich gemacht, daß es sein Ziel ist, militärische Überlegenheit zu erlangen und von der Sowjetunion eine weitgehende atomare Abrüstung in Europa zu verlangen, ohne bereit zu sein, eine einzige der in Europa in großer Zahl vorhandenen Atomwaffen des Westens zur Disposition zu stellen. Bei einer solchen Verhandlungsposition kann man in Genf wohl keine Wunder erwarten. Deshalb muß die Bundesregierung gezwungen werden, ihre Zustimmung zur Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik zurückzunehmen. Die von der NATO selbst formulierten Voraussetzungen (Ratifizierung von SALT II) sind nicht mehr gegeben.

Darüber hinaus muß die Bundesregierung ihre auch militärische Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimes in der „Dritten Welt“ aufgeben und den Waffenexport einstellen. Aber sie muß auch die Praktiken bundesdeutscher Konzerne in der „Dritten Welt“ unterbinden und dafür sorgen, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen erfolgt; nicht zur einseitigen Ausplünderung, sondern gerade zur wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Völker. Dies liegt auch in unserem Interesse, sowohl als Beitrag zur Festigung des Friedens wie auch zukünftiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Hungernde Völker, denen Waffen aufgedrängt werden, haben kein Geld, um Traktoren oder Industrieanlagen in der Bundesrepublik zu kaufen.

PETER WAHL (ASK): Von der Bundesregierung kann nur dann etwas erwartet werden, wenn von unten Druck gemacht wird. Wir fordern von ihr eine eindeutige Absage an den Konfrontationskurs der Regierung Reagan, einen aktiven Beitrag zur Rekonsolidierung des Entspannungsprozesses. D.h. Eintreten für die Rücknahme des NATO-Atomraketenbeschlusses vom 12.12.1979, gegen die Neutronenwaffen, gegen die Aufstellung von Interventionstruppen und gegen die Konzessionslosigkeit Washingtons den Forderungen der Dritten Welt gegenüber.

Überdies gilt es, dem Anstieg bundesdeutscher Waffenexporte in die Dritte Welt und den gegenwärtigen Bestrebungen, die Rüstungsausfuhr-Bestimmungen zu „liberalisieren“, Widerstand anzusetzen. Wir sagen Nein zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime Südafrikas und zu den geplanten bundesdeutschen U-



Boot-Lieferungen an Chiles Faschistenregime. Bonn muß einen aktiven Beitrag zu politischen Lösung der Konflikte in El Salvador, dem Südlichen Afrika, Nahost usw. leisten!

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Die AAB bekämpft die offene Parteinahme der US-Regierung für das Rassistenregime und die entgegen aller Dementis fortgesetzte militärisch-atomare und die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen deren Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland, und Südafrika. Sie fordert die vollkommene Isolierung des Apartheidregimes auf allen Gebieten und unterstützt die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika, wobei sie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Gruppen und Organisationen, die bisher ausschließlich zu Dritte-Welt-Fragen einerseits und Friedensfragen andererseits gearbeitet haben, anstrebt.

Der untrennbare Zusammenhang zwischen der Friedens- und Internationalismusproblematik muß in der Öffentlichkeit so stark verankert werden, daß auf der nächsten Friedensdemonstration oder -veranstaltung die Teilnahme eines Sprechers der „Dritten Welt“ eine Selbstverständlichkeit wird.

TONY SEDAT (ANC Südafrika): Unser Appell an die Friedensbewegung wäre, daß wir, je mehr wir übereinander wissen, desto mehr erkennen, daß unsere Probleme und unser Kampf sowohl miteinander verbunden sind, als auch Teil eines ganzen bilden. Laßt uns des anderen Kampf und Weg zum Sieg unterstützen und ergänzen!

Unser Appell richtet sich an die westdeutsche Regierung, der die Absichten der südafrikanischen Regierung und die von ihr angewandten Methoden wohlbekannt sind, das Volk Südafrikas in seinem Kampf gegen ein Regime zu unterstützen, welches von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde. Wir fordern sie auf, unverzüglich, die Kollaboration im nuklearen Bereich zu beenden. Wir fordern sie auf, alle militärischen sowie anderen Lieferungen zu stoppen, die von den Faschisten gegen unser Volk eingesetzt werden. Wir fordern sie auf, alle ökonomischen und kulturellen Beziehungen abzubrechen.

Wir wollen, daß sie die Apartheid verurteilt. Wir wollen, daß sie Südafrikas Invasion nachbarlicher Territorien und seine Destabilisierungspolitik im Südlichen Afrika mißbilligt. Wir fordern sie auf, uns zu helfen, ein Blutbad und einen Holocaust zu verhindern, der nicht nur das Südliche Afrika und Afrika in Mitleidenschaft ziehen, sondern auch ernste internationale Auswirkungen haben wird. Wir möchten, daß sie Reagans Politik im Südlichen Afrika zu verhindern sucht und gegen sie aufsteht. Wir wollen, daß sie umfassende Hilfe für die Nachbarstaaten leistet. Wir wollen, daß sie die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO als die wahren Repräsentanten ihrer jeweiligen Völker anerkennt und sie direkt in ihrem Kampf gegen den Faschismus unterstützt.

FDR/FMLN (El Salvador): Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dem Konzept einer globalen Lösung des französisch-mexikanischen Kommuniqué anzuschließen und sich für Friedensgespräche zwischen dem Bündnis FDR/FMLN und den zivilen und militärischen Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta einzusetzen, damit die Leiden des Volkes ein Ende finden und eine dauerhafte politische und demokratische Lösung auf der Grundlage der Selbstbestimmung eingeleitet werden kann, wie es vom Europäischen Parlament am 17. September 1981 beschlossen worden ist.

Aktions- und Materialspiegel

Aktionstips

Initiative Krefelder Appell

Zu den Initiatoren des auf dem Krefelder Forum am 15./16.10. 1981 verabschiedeten Krefelder Appells gehören Gert Bastian, Karl Bechert (+), Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber. Der Krefelder Appell, der inzwischen die Unterschriften von über 2 Mio Bundesbürgern trägt, fordert von der Bundesregierung, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“.

Das zweite Forum der Krefelder Initiative am 21.11.1981 in Dortmund forderte zur Fortsetzung dieser bislang breitesten Unterschriftenkampagne gegen den NATO-Raketenbeschluß von 1979 auf. Unterschriftenlisten und weitere Materialien können angefordert werden bei: Josef Weber, Amsterdamer Str. 64, 5000 Köln 60.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ)

Das KOFAZ wurde 1974 gegründet, um verschiedene Friedensorganisationen sowie Einzelpersonen in der Bundesrepublik zur Koordinierung ihrer Tätigkeit in wichtigen Fragen des Friedenskampfes und zur Realisierung gemeinsamer Veranstaltungen zusammenzuführen.

Es wendet sich besonders gegen alle Versuche, durch neue Waffensysteme (Neutronenbombe, neue Mittelstreckenraketen) und durch ständige Erhöhung der Rüstungshaltungen, besonders im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms, das Wettüben zu beschleunigen. Es ist der Auffassung, daß der politischen Entspannung die militärische folgen muß. Das KOFAZ organisiert Unterschriftensammlungen, Aktionskonferenzen, Seminare, Demonstrationen und verbreitet Informations- und Aufklärungsmaterialien. Bestellungen können angefordert werden unter der Adresse: Gottesweg 52, 5000 Köln 51.

Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Die AGDF ist eine Dachorganisation von 15 Friedensorganisationen in der Bundesrepublik und war zusammen mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Veranstalter der Bonner Friedensdemonstration vom 10.10. 1981, an der über 300.000 Menschen teilnahmen. Über die AGDF können Bücher, Broschüren, Plakate, Plaketten und andere Materialien bezogen werden. Eine Materialliste ist zu bekommen bei: AGDF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)

Die DFG/VK ist als älteste bundesdeutsche Friedensorganisation dem Widerstand gegen jegliche Kriegsvorbereitungen, der Beseitigung aller Kriegsursachen mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln und der Hilfe für Kriegsdienstverweigerer verpflichtet. Friede gilt ihr nicht im Sinne des traditionellen Pazifismus als Abwesenheit von Krieg, sondern als Realisierung weltweiter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Die Zeitschrift der DFG/VK „Zivilcourage“ unterhält einen „Antimilitaristischen Buchbasar“, der auch Schallplatten, Grafiken und Plaketten führt. Adresse: Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)

Das 1973 gegründete ASK ist ein Zusammenschluß unterschiedlicher politischer Organisationen und Einzelpersonlichkeiten. Es sieht seine Aufgabe darin, bundesweit die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt voranzubringen, Aktionen zu initiieren und zu koordinieren sowie Spendensammlungen durchzuführen. Es wendet sich gegen jegliche neokolonialistische Zusammenarbeit unseres Landes mit reaktionären und faschistischen Regimes in der Dritten Welt. Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte des ASK sind Mittelamerika (bes. El Salvador), Südliches Afrika, Chile und Palästina. Die Adresse, bei der auch eine umfangreiche Materialliste angefordert werden kann: Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1.

Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)

Die AAB sieht ihre Aufgabe u.a. darin, in der BRD die wirklichen Verhältnisse im Südlichen Afrika bekanntzumachen, die wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Beziehungen der BRD mit Südafrika aufzudecken und den Unterdrückten im Südlichen Afrika durch Aktionen Solidarität zu erweisen. Adresse: Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.



Filme / Tonbildreihen

31 Filme zum Thema Krieg, Faschismus und Frieden bietet der UNIDOC-Filmverleih (Dantestr. 29, 8000 München 19) an, darunter:

- Gert Bastian — Von einem der auszog, das Fürchten zu lehren, Dokumentarfilm, 28 Min., München 1981
- Leben, um Zeuge zu sein (über die Folgen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima), Dokumentarfilm, 29 Min., Japan 1976
- Für weitere Filme zum Thema „Krieg und Frieden“ siehe die Medienliste der AGDF (Adresse siehe oben), darunter auch verschiedene Tonbildschauen, u.a.:
- Tonbildserie „Frieden schaffen ohne Waffen“, ca. 10 Min.
- Tondokumentation der Bonner Friedensdemonstration, 4 Kompaktkassetten mit einer Spieldauer von ca. 4 Std. (zu beziehen über: H.W.&F., Am Römerturm 1, 5000 Köln 1)
- Der Handel mit dem Tod. Tonbildreihe des Dialog Dritte Welt e.V., mit Kommentarheft, ca. 28 Min. (Bezugsadresse: Weißenburger Str. 23, 4600 Dortmund 1)

Schallplatten

- bots, ENTRÜSTUNG, mit Hilfe von: Henning Venske, Hanns Dieter Hüsch, Hannes Wader, Günter Wallraff, Dieter Hildebrandt und Lerryn, LP, 17,80 DM (über Schallplattenhandel)
- Norbert und Walter, Lieder für den Frieden, LP, 16,50 DM
- Hannes Wader, Leben einzeln und frei/Es ist an der Zeit, Single, 5,80 DM (über den Schallplattenhandel)

Abzeichen / Aufkleber

mit Losungen, Symbolen, Motiven und Grafiken zum Friedenskampf sind zu beziehen bei: KOFAZ, AGDF, DFG/VK, ASK und AAB (bei letzteren thematisch bezogen auf deren Arbeitsschwerpunkte); ferner bei: Plambeck & Co Verlag (Xantener Str. 7, 4040 Neuß), Edition Staeck (Postfach 102063, 6900 Heidelberg), Ernst Volland (Deidesheimer Str. 29, 1000 Berlin 33), Grafik Hartmut Schröter (Steinhammerstr. 111, 4600 Dortmund 76), SHOPKISTE/Weltkreis-Verlag (Märkische Str. 57, 4600 Dortmund 1).

Postkartenserien

bei: Arbeiterfotographie Köln (c/o U. Finsch, Blumenthalstr. 75, 5000 Köln 1) sowie Staeck, Volland, Plambeck.



Kalender

- Der Friedenskalender 1981, hg. von der DFG/VK, 24 Blätter, Bildmontagen in vier verschiedenen Farbtönen, Format 30x47 cm, 16,- DM (zuzüglich 3,50 Versandkosten) (Bezug über DFG/VK)
- Taschenkalender Frieden '82, hg. von Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe, Lamuv-Verlag, Bornheim 1981, 256 S., 6,- DM.

Sonstiges

Ein Handbuch zur Durchführung von Friedensaktionen hat die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste herausgegeben:

Aktionshandbuch: Frieden schaffen ohne Waffen, Lamuv-Verlag, Bornheim 1981, 219 S., 7,- DM.

Das Handbuch stellt die Konzeption der bundesweiten Friedenswochen vor, entwickelt Themenvorschläge für Veranstaltungen, informiert über verschiedenste Aktionsformen und enthält ein sehr umfangreiches Verzeichnis von Materialien und Adressen auch lokaler Initiativen der Friedensbewegung.

Aktions- und Materialspiegel

Bücher

Die weltpolitische Zuspitzung der letzten Monate, die damit verbundene wachsende Kriegsgefahr und nicht zuletzt die sichtbar gewordene Stärke der westeuropäischen Friedensbewegung sind ein realpolitischer Hintergrund, vor dem die Buchproduktion zu derartigen Themen ins nahezu Unüberschaubare gewachsen ist. Schon deshalb wäre es illusorisch, wollte man in einem Literaturüberblick nach Vollständigkeit streben. Gleichwohl soll in der gebotenen Kürze kommentierend auf einige interessante Buchtitel hingewiesen werden, die geeignet sind, das Thema des vorliegenden AIB-Sonderheftes zu vertiefen und zu ergänzen.

Bücher zum Einstieg

Zunächst sind einige kürzlich erschienene Sammelbände zu nennen, die einführend und allgemeinverständlich die Frage Krieg und Frieden im Kontext der aktuellen Rüstungs- und Abrüstungsdiskussion behandeln. Repräsentative Stimmen aus der Friedensbewegung sind zusammengestellt in dem Band:

● Karl D. Bredthauer/Klaus Mannhardt (Hg.), *Es geht ums Überleben*. Warum wir die Atomraketen ablehnen, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 213 S., 9,- DM.

Prominente Vertreter der kritischen Friedensforschung kommen vor allem in den beiden folgenden Readern zu Wort:

● Studiengruppe Militärpolitik, *Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage*. Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise, rororo-aktuell 4717, Reinbek bei Hamburg 1980, 324 S., 9,80 DM;

● Dieter S. Lutz/Dorothea Gremliza (Hg.), *Rüstung zum Tode? Texte zur Aufrüstung und Abrüstung*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 158 S., 12,- DM.

Weitere Stimmen zum Rüstungswettlauf machen schließlich zugänglich:

● Karl-Klaus Rabe (Hg.), *Vier Minuten vor Mitternacht*. Stellungnahmen zum Rüstungswettbewerb, Lamuv, Bornheim 1981, 151 S., 9,80 DM;

● Arbeitskreis Pro Ökumene (Hg.), *Ohne Rüstung leben*, Vorwort von Bischof D. Kurt Scharf D.D., Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1981, 94 S., 6,80 DM.

Bücher zu Einzelaspekten

Im Zentrum der aktuellen Debatte stehen immer wieder die sog. „Nachrüstung“ und die **Neutronenbombe**. Die Hintergründe dieser Diskussion, die Verlogenheit der dabei ins Spiel gebrachten Begriffe und die mit dem NATO-Raketenbeschluß von 1979 verbundenen Gefahren erhellen die folgenden Bücher:

● Anton-Andreas Guha, *Der Tod in der Grauzone*. Ist Europa noch zu verteidigen?, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1980, 239 S., 10,80 DM;

● Anton-Andreas Guha, *Die Nachrüstung – der Holocaust Europas*. Thesen und Argumente, Dreisam-Verlag, Freiburg 1981, 137 S., 9,80 DM;

● Alfred Mechttersheimer (Hg.), *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß*, rororo-aktuell 4940, Reinbek bei Hamburg 1981, 280 S., 8,80 DM;

● Wilhelm Bittorf (Hg.), *Nachrüstung*. Der Atomkrieg rückt näher, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1981, 224 S., 14,- DM;

● Anton-Andreas Guha, *Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens*, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1977, 159 S., 4,80 DM;

● Konrad Lübbert, *Neutronenbombe*. Eine saubere Waffe, die nur Leben zerstört. Mit ausführlicher Dokumentation, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 205 S., 9,50 DM.

A.A. Guhas Schriften haben in letzter Zeit eine herausragende Bedeutung in den Diskussionen der Friedensbewegung bekommen. Bei A. Mechttersheimer ist die Auseinandersetzung um den „Nachrüstungs“-Beschluß an Hand offizieller Dokumente von NATO, USA, UdSSR, bundesdeutscher Parteien, Kirchen und Gewerkschaften sowie Positionen aus der westeuropäischen und bundesdeutschen Friedensbewegung bislang wohl am ausführlichsten dokumentiert worden. Äußerst nützlich ist auch der Dokumententeil in K. Lübberts Veröffentlichung.

● SIPRI (Hg.), *Rüstungsjahrbuch '81/81*, rororo-aktuell 4852, Reinbek bei Hamburg 1981, 8,80 DM.

Wichtig für die Diskussion über das militärische Kräfteverhältnis ist auch:

● Dieter S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen? Eine Kräftevergleichsanalyse der Nuklearwaffen in und für Europa*, rororo-aktuell 4934, Reinbek bei Hamburg 1981, 378 S., 10,80 DM.

D.S. Lutz führt den Nachweis, daß die These vom annähernden Gleichgewicht nicht nur im Verhältnis USA-UdSSR, sondern auch für die militärische Situation in Mitteleuropa zutreffend ist.

Ein journalistischer, allgemeingehaltener Beitrag zur Wetrüstungsproblematik ist das Buch des Stern-Redakteurs

● Peter Koch, *Wahnsinn Rüstung*, Gruner + Jahr, Hamburg 1981, 304 S., 12,- DM, das ein Vorwort des Schöpfers der Eindämmungstheorie, G.F. Kennan, enthält. Speziell die mit dem Wetrüsten für Europa verbundenen Gefahren werden plastisch dargestellt in:

● Wolf Perdelwitz/Heiner Bremer, Geisel



Zu den pronociertesten Kritikern der Bedrohungslüge gehörte in letzter Zeit G. Kade, dessen neuestes Buch

● Gerhard Kade, *Wer bedroht uns? SS-20 oder Pershing II/Cruise Missiles*. Plädoyer für eine alternative Sicherheitspolitik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 152 S., 9,- DM

eine auf die „Nachrüstungsdebatte“ zugeschnittene Kritik dieser alten Rechtfertigungsformel westlicher Hochrüstungspolitik darstellt. Ein dem Band beigelegtes Nachwort von General a.D. N. Pasti setzt sich mit den Rüstungsvergleichen des Londoner Instituts für Strategische Studien auseinander, die allen offiziellen westlichen Statistiken zugrunde liegen und z.B. nachzulesen sind in:

● Streitkräfte 1980/81. Die „Military Balance“ des Internationalen Instituts für Strategische Studien, Bernard & Graefe Verlag, München 1981, 255 S., 19,20 DM.

Wesentlich seriöser und eine unverzichtbare Quelle in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Rüstungsdoktrin sind die Veröffentlichungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts:

● SIPRI (Hg.), *Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter*. Ein Handbuch, rororo-aktuell 4186, Reinbek bei Hamburg 1977, 366 S., 9,80 DM;

Europa, Olle & Wolter, Westberlin 1981, 352 S., 24,- DM.

Die wachsende Kriegsgefahr in Europa bestätigt auch:

● Nigel Calder, *Atomares Schlachtfeld Europa*. Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren, Hoffmann und Campe, Hamburg 1980, 240 S., 14,80 DM.

Um fast schon einen „Klassiker“ in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Abschreckungsdoktrin handelt es sich bei:

● Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden*. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981, 311 S., 29,80 DM.

Während D. Senghaas das Abschreckungskonzept aus sich selbst heraus kritisiert und für einen „Abbau der Selbstblendung in der Politik“ plädiert, analysiert

● Reinhard Kühnl, *Die Welt zu Beginn der 80er Jahre*. Krise des Kapitalismus – Emanzipation der Dritten Welt – Ursachen der Kriegsgefahr, Distel Verlag, Heilbronn 1981, 57 S., 4,- DM

die aktuelle Zuspitzung als Ergebnis der globalen Konfrontationspolitik der USA vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Krisenprozesse und veränderter internationaler Kräfteverhältnisse. Zum Verständnis der hi-

storischen und aktuellen Hintergründe der US-Politik sind empfehlenswert:

- Karl-Heinz Röder (Hg.), Das politische System der USA, Geschichte und Gegenwart, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 346 S., 14,80 DM;
- Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen, Pahl-Rugenstein, Köln 1979, 235 S., 14,80 DM (ausführliche Besprechung in: AIB 7-8/1980);
- David Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Wagenbach, West-Berlin 1969 (Neuaufgabe 1980, 437 S., 17,50 DM);
- Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Eine Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 289 S., 14,80 DM.

Ein berichtigtes Instrument der US-Außenpolitik, der Geheimdienst CIA, wird von innen betrachtet in:

- Philip Agee, CIA Intern. Tagesbuch 1956-1974, Attica-Verlag, Hamburg 1979, 511 S., 29,80 DM;
- während aktuelle Aspekte der US-imperialistischen Strategie in Mittelamerika beleuchtet werden in:
- Hermann Kohn, El Salvador, Nikaragua. Aufstand im US-Hinterhof, Weltkreis, Dortmund 1981, 191 S., 9,80 DM;
- CIA gegen El Salvador. Der Bericht des Ex-Agenten Philip Agee über die Praktiken des CIA in Lateinamerika, Konkret Literatur Verlag, 224 S., 14,80 DM;
- Heinz Dietrich (Hg.), Strategien des Imperialismus in Zentralamerika, Verlag 2000, Offenbach 1981, 128 S., 10,- DM.

Zur Bestimmung der Position der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA ist in letzter Zeit eine Diskussion in Gang gekommen, die auch für die Auseinandersetzung um die aktuelle Konfrontationspolitik von herausragender Bedeutung ist. Wichtige Beiträge hierzu sind:

- Kurt Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität von „altem“ und „neuem“ deutschen Imperialismus, Pahl-Rugenstein, Köln 1980, 180 S., 12,80 DM;
- Gerhard Kade, Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland“ für Europa?, Pahl-Rugenstein, Köln 1979, 255 S., 12,80 DM.

Aus konservativer Sicht zu diesem Thema ist jüngst erschienen:

- Wolfram Hanrieder, Fragmente der Macht.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Piper, München 1981, ca. 16,- DM.

Zum Militärpotential der BRD und zur Geschichte der Aufrüstung der BRD sind empfehlenswert:

- Fred Schmidt, Abrüsten oder totrüsten. Zur Rüstungspolitik der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 196 S., 10,50 DM;
- Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1980, 196 S., 12,80 DM;
- Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung, Pahl-Rugenstein, Köln 1980 (2. Aufl.), 331 S., 14,80 DM;
- Heinz Becker/Otmar Leist (Hg.), Militarismus in der Bundesrepublik. Ursachen und Formen, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 140 S., 14,80 DM.

Indem Maße wie die Friedensbewegung stärker geworden ist, hat sich in der Bundesrepublik die Diskussion um Alternativen zur herrschenden Sicherheitsdoktrin bedeutend belebt. Die verschiedenen in diesem Zusammenhang vertretenen Optionen werden sichtbar in:

- Ist der nukleare Rüstungswettlauf unvermeidbar? Dokumente hg. von Klaus Hübotter, Martin Klaußner Verlag, Fürth 1981, 158 S., 18,- DM;
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, rororo-aktuell 1939, Reinbek bei Hamburg 1981, 250 S., 7,80 DM;
- Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedenspolitik, Verlag Dietz Nachf., Westberlin/Bonn 1981, 223 S., 11,80 DM;
- Harald Rasch, NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 138 S., 12,80 DM;
- Jörg Huffschild (Hg.), Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 286 S., 14,80 DM;
- Jörg Huffschild (Hg.), Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 163 S., 12,80 DM.

Die Diskussion um Frieden und Abrüstung kann nicht ernsthaft geführt werden, ohne die Vorschläge und Positionen der „anderen

Seite“ zur Kenntnis zu nehmen. Noch heute wird man deren Politik nicht verstehen, wenn man die Erfahrungen der Sowjetunion im Abwehrkrieg gegen Hitler-Deutschland außer Acht läßt. Zunächst sei deshalb auf ein Begleitbuch zur gegenwärtig laufenden Fernsehserie über den faschistischen Überfall auf die UdSSR verwiesen:

- Michael Bartsch/Hans-Frieder Schebesch/Rainer Scheppelmann, Der Krieg im Osten 1941-1945. Historische Einführung, Kommentare und Dokumente, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 262 S., 19,80 DM.

Die aktuellen Reaktionen der sowjetischen Seite auf den US-amerikanischen Konfrontationskurs sind dokumentiert in:

- V. Falin/W.W. Sagladin/D. Ustinow, Angebote zum Frieden. Initiativen der Sowjetunion zur Abrüstung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 89 S., 5,80 DM;
 - Krieg oder Frieden. Sowjetische Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Stellungnahmen aus der Bundesrepublik. Eine Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 147 S., 10,- DM;
 - Prüft, ob sie guten Willens sind. Ost und West zu Frieden und Abrüstung von 1978 bis heute, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 140 S., 9,- DM.
- Gewarnt werden muß allerdings vor CIA-Traktaten wie dem folgenden:
- Die Sowjetische Rüstung. Pentagon-Papier zur sowjetischen Rüstung, Bernard & Graefe Verlag, München 1981, 92 S., 9,80 DM.

Wer sich mit der Frage von Krieg und Frieden befaßt, hat es nicht immer einfach mit der verwirrenden Begrifflichkeit der Militär- und Abrüstungsspezialisten. Um so mehr ist deshalb das Erscheinen des folgenden Nachschlagewerks zu begrüßen:

- Lorenz Knorr, Kleines Lexikon. Rüstung, Abrüstung, Frieden, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 214 S., 14,80 DM.

Indes lassen sich bereits heute immer weniger Menschen weismachen, daß der Frieden eine bloße Angelegenheit von Experten ist, wie die Demonstration der 300.000 in Bonn so eindrucksvoll wie noch nie unter Beweis gestellt hat. Die Dokumentation dieses bisherigen Höhepunkts der Friedensbewegung in unserem Land ist jetzt erschienen:

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.), Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Reden, Fotos..., Lamuv Verlag, Bornheim 1981, 224 S., 9,80 DM.



Es geht ums Überleben

Bücher für den Frieden

Es geht ums Überleben

Warum wir die Atomraketen ablehnen.
Herausgegeben von Karl D. Bredthauer und Klaus Mannhardt.
Beiträge von Heinrich Albertz, Gert Bastian, Karl Bechert, Gerhard Kade,
Alfred Mechttersheimer, Lord Louis Mountbatten, Martin Niemöller u. a.
Mit Abbildungen und Karikaturen
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 224. 182 Seiten, DM 9,-



Manfred Bosch

Nie wieder!

Literarische und politische Texte gegen den Krieg
Von der Jahrhundertwende bis heute: Heinrich und Thomas Mann, Carl v.
Ossietsky, Kurt Tucholsky, Bertold Brecht, Erich Kästner, Wolfgang Bor-
chert, Heinrich Böll, Alfred Andersch, Max Frisch, Albert Einstein, Albert
Schweitzer, Erich Fried u. a.
Mit zahlreichen Fotos und Illustrationen
Kleine Bibliothek Band 215. 210 Seiten, DM 12,80

Heinz Becker / Otmar Leist (Hrsg.)

Militarismus in der Bundesrepublik

Ursachen und Formen
Mit Abbildungen. Kleine Bibliothek Band 225. 140 Seiten, DM 9,-

Harold Rasch

NATO-Bündnis oder Neutralität?

Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207. 137 Seiten, DM 12,80

Generale für den Frieden

General Wolf Graf von Baudissin, Bundesrepublik — General Francisco da
Costa Gomes, Portugal — Brigadegeneral Michael Harbottle, Großbritan-
nien — General Georgios Koumanakos, Griechenland — Admiral John
Marshall Lee, USA — General M. H. von Meyenfeldt, Niederlande — Gene-
ral, Senator Nino Pasti, Italien — Admiral Antoine Sanguinetti, Frankreich.
Mit Porträtfotos, Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag. 376 Seiten,
DM 36,-



Gerhard Kade

Die Bedrohungslüge

Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten“
Mit umfangreichem Dokumentarmaterial
2. Auflage, Kleine Bibliothek Band 147. 294 Seiten, DM 12,80

Renate Janßen

Frauen ans Gewehr?

Im Gleichschritt marsch...
Mit einem ausführlichen Dokumentenanhang
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 184. 140 Seiten, DM 7,-

Winfried Schwaborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

7. Auflage, Kleine Bibliothek Band 18. 162 Seiten, DM 9,80

Unterrichtseinheit

Rüstung und Abrüstung

Geeignet ab 10. Hauptschulklasse.
Zahlreiches Bild- und Kartenmaterial, Gedichte, Statistiken, Arbeitsblätter.
Format DIN A 4. Heft 3; 64 Seiten, DM 8,-

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051